

Bezugspreis:

Für den Monat November 400.- M., voraus zahlbar. Unter Ausschluss für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinlande sowie Österreich und Ungarn 350.- M. für das übrige Ausland 500.- M. Postgebühren nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Reiz“, der Unterhaltungsbeilage „Belmont“ und der Beilage „Liedung und Liedarten“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 24. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polischekonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkonto Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Nonpareilzeile kostet 120.- M. Kleinaussagen 600.- M. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 20.- M. (zuletzt zwei selbige Wörter), jedes weitere Wort 14.- M. Stellengedruckte und Stellenanzeigen das erste Wort 14.- M., jedes weitere Wort 12.- M. Wochens über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Annoncen Blatt 25.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Vor der Regierungserklärung.

Die neue Regierung wird ihr Programm heute mittag 1 Uhr durch Herrn Dr. Cuno im Reichstag verlesen lassen. Der Verlesung wird eine zweistündige Pause folgen, um dann die Debatte fortzusetzen, die noch im Laufe des Sonnabend beendet werden soll. In der kommenden Woche tagt der Reichstag wahrscheinlich nicht, da er der Regierung Gelegenheit zur Einarbeitung geben will.

Das Programm des Kabinetts Cuno ist, wie nach dem Sozialparlamentarismus verlautet, auf die Note vom 13. November aufgebaut. U. a. soll es ein Bekenntnis zur Reichsverfassung enthalten, was nur selbstverständlich ist, im übrigen aber auf die Erfüllungspolitik nur kurz Bezug nehmen. Heute vormittag sollen die Parteiführer von dem Inhalt des Programms in Kenntnis gesetzt werden.

In Erkenntnis ihrer schwierigen Lage verzichtet die neue Regierung auf ein positives Vertrauensvotum. Sie will sich mit einer Billigungsformel begnügen, die das Wort „Vertrauen“ nicht enthält und die nach Ansicht der Antragsteller auch der Sozialdemokratie eine Zustimmung möglich machen soll. Diese Formel soll in der Parteiführerbesprechung gefaßt werden, ob sie gefunden wird, ist eine andere Frage. Die sozialdemokratische Fraktion kann über die Regierungserklärung erst beschließen, nachdem sie im Plenum verlesen ist. Am Donnerstag nachmittag beschäftigte sich unsere Fraktion in einer fast dreistündigen Sitzung zunächst mit der Zusammenfassung des neuen Kabinetts, die allgemeine Diskussion wurde heraufgerufen hat. Sicher ist, daß die Fraktion nicht daran denkt, einer positiven Vertrauensformel zuzustimmen.

Seit den Wahlen von 1920 fehlt es im Reichstag an einer festen Mehrheit, auf die sich die Regierung stützen kann. Eine solche Mehrheit wäre für die Regierung durch die Einigung der Sozialdemokratie vorhanden gewesen, leider hat sie es nicht geschafft, durch die ultimative Forderung nach der großen Koalition ihren eigenen Sturz herbeizuführen. Die Regierung Cuno hat erst recht keine feste Mehrheit, daher das qualvolle Suchen nach einer Formel, deren Annahme ihren sofortigen Sturz verhindert.

Ob eine solche Formel gefunden wird, wissen wir, wie gesagt, nicht. Sollte jedoch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach Anhörung der Regierungserklärung einer solchen Formel zustimmen — was wir dahingestellt sein lassen —, so würde das nicht mehr bedeuten, als daß sie sich den Zeitpunkt für einen entscheidenden Angriff selber wählen will. Dieser Zeitpunkt wird dann sehr bald kommen, wenn der Einfluss von Beder-Hessen und Müller-Born auf die Regierungspolitik sichtbar werden wird.

Wie wenig die zurzeit maßgebende Regierungspartei, die Deutsche Volkspartei, mit einer Unterstützung des Beder-Kabinetts durch die Sozialdemokratie rechnet, geht u. a. aus einer Düsseldorf-Rede des Herrn v. Kardorff hervor, die in dem Bemühen gipfelt, zwischen Volksparteiern und Deutschen Nationalen den Liebestknoten zu schürzen. Das Verhältnis der Volkspartei zu der deutschen Nationalen Partei hänge von dem Verhalten der Deutschen Nationalen ab, bei ihr bestände „niets Bereitschaft, mit den Deutschen Nationalen gemeinsame Wege zu gehen.“ Man darf gespannt sein, ob diese Bereitschaft schon in dem heute vorzulesenden Regierungsprogramm durchdringen wird. Der Klärung der politischen Lage wäre dadurch sehr gebient!

Als erster Fraktionsredner wird Gen. Breitfeld sprechen. Gen. Hermann Müller ist als zweiter Redner in Aussicht genommen.

Als Nachfolger des Ministerialdirektors Oscar Müller als Presseschef des Auswärtigen Amtes ist, wie verlautet, der frühere Herausgeber der Zentrums-Parlamentarismus und spätere Presseschef im Reichsernährungs- und Reichsfinanzministerium, Herr Eggbring, in Aussicht genommen.

Wer ist Müller-Born?

In dem Kabinett Cuno ist neben Herrn Dr. Beder-Hessen, der als Sachwalter der Schwerindustrie gelten kann, als Ernährungsminister ein Dr. Karl Müller (Born) eingetreten. Für die Berliner Presse ist dieser Müller ein Reutling auf dem politischen Markt, und sie bezeichnet ihn deshalb als ein politisch unbeschriebenes Blatt. Das aber ist ein schwerer Irrtum. Der „Sozialdemokratische Parlamentarismus“ weiß über ihn folgendes zu melden:

Müller ist politisch und wirtschaftlich schwer belastet. Er ist nichts anderes als der Vertrauensmann der extremsten rheinischen Zentrumspartei und darüber hinaus auch der Vertrauensmann der rheinischen Sonderbündler im Reichstagen. Das hätten sich die Leute um Dornier schwerlich träumen lassen, daß eines Tages der antipreußische, bis nahe an den Putschismus aktive Sonderbündler Müller in die Reichsregierung berufen werden wird. Müller begann seine Laufbahn als Mittelstandsvertreter im Kölner Stadtparlament. Daneben betätigte er sich rednerisch und journalistisch mit einer Begeisterung gegen die Sozialdemokratie, wie sie nach der

Revolution schwerlich von einem anderen Zentrumredner erreicht worden ist. Sein besonderer Sport war die persönliche Verunglimpfung sozialdemokratischer Minister. Noch ist in Erinnerung seine über alle Maßen tiefstehende Rede gegen den damaligen preussischen Landwirtschaftsminister Genossen Otto Braun auf dem rheinischen Bauernrat im August 1920. Als Kostprobe Müller'scher Polemik seien folgende Sätze wörtlich zitiert:

„Otto Braun, den die Revolutionswellen in den Sessel des Landwirtschaftsministers gespült haben, einen Posten, für den ihm jede Fähigkeit und, was schlimmer ist — seine Tätigkeit hat es bewiesen —, auch der Wille zu vorurteilsfreier Arbeit im Interesse des Berufsstandes fehlt. Der Wille fehlt ihm, weil er aus seinem sozialistischen Parteibogema nicht mehr raus kann. Dieser Mann betreibt heute die Landwirtschaft Preußens! Es ist allerdings leichter, in ein ehemaliges kaiserliches Kadettenregiment zu fahren, sich einen kapitalen Bierzechner amüßlich vorzuführen zu lassen und sich auf die Decke legen und sich bei der staunenden Mit- und Nachwelt als „Otto der Schüh“ unsterblich zu machen, als Agrarpolitik zu betreiben.“

Ein Mann mit solchen polemischen Sitten betreibt jetzt das Landwirtschaftsministerium im Reich! Er ist nichts anderes als der junge Mann des Freiherrn von Boe, des Führers der rheinischen Agrarier, der bei jeder Gelegenheit die Regierung und die Republik herunterreißt, schlimmer als die Deutschholländischen. Müller ist der Vertrauensmann der rheinischen Agrarier, die immer wieder zum organisierten Widerstande gegen die Durchführung von Reichsgesetzen, vor allem der Getreideumlage, aufgefordert haben, wenn sie ihrem Gewinnstreben nicht zulagte. Müller ist Angestellter der rheinischen Landwirtschaftskammer, derselben Kammer, die vor einigen Wochen demonstrativ einmündig dem preussischen Innenminister abberufenen monarchistischen Regierungspräsidenten zu ihrer Führung berufen hat.

Der jetzige Minister Müller stand aber auch in den engsten Beziehungen zu den rheinischen Sonderbündlern, und zwar nicht nur denjenigen, die auf legalen Wege einen Rheinbund im Rahmen des Reiches erstrebten. Er war in einer Geheimnisnacht im August 1919 zum Vorsitzenden eines Aktionsausschusses gewählt worden, der die sofortige Volksabstimmung zur Lösung der Rheinlande von Preußen betreiben sollte. Das war ein verfassungswidriges Unternehmen, weil bis zum Jahre 1921 durch eine Spezialfrist jede derartige Abstimmung im Rheinlande unterbunden war.

Kein Wunder, daß jetzt schon entrüstete Proteste aus dem Rheinlande gegen die Ernennung dieses Mannes zum Reichsminister einlaufen. Er wird auch von vielen Zentrumsanhängern mit sehr gemischten Gefühlen auf dem Ministerstuhl begrüßt werden. Die rheinischen Zentrumsanhänger wenigstens haben gegen ihn nicht geringeres Mißtrauen als wir. Man muß hoffen, daß noch vor dem Ende des ohnehin wahrscheinlich kurzlebigen Kabinetts Cuno ein Wechsel im Ernährungsministerium eintreten wird. Mit diesem herausfordernden extremen Agrarier, diesem rheinischen Separatisten, diesem Parteifanatiker und böswilligen Gegner der Arbeiterbewegung kann man nicht anders verfahren als im schärfsten Kampfe.

Die Unabkömmlichen.

Volkspartei und Wirtschaftler.

Das offizielle Organ der Volkspartei, die „Zeit“, schreibt den von ihr sonst so gefeierten Wirtschaftskapitänen folgendes ins Stammbuch:

Als nach den Wahlen 1920 die Deutsche Volkspartei an die führenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft den Ruf erschallen ließ, sich der neuen deutschen Regierung zur Verfügung zu stellen, ließ sie fast überall auf Ablehnung. Man wies darauf hin, daß die Verantwortlichkeit der Leitung der großen Industriekonzerne nicht zulasse, sie für das politische Leben abzugeben. Diejenigen geistigen Gruppen, die insbesondere für das „Primat der Wirtschaft“ eintreten und lebhaft im Parlamentarismus bekämpfen, erklären durch ihre Vorführer immer wieder, daß die Ablage der Wirtschaftler vor allem den Parteien als solchen gelte, und daß man von den Männern, die an der Spitze des deutschen Wirtschaftslebens stehen, nicht verlangen könne, daß sie sich unter die Führung der Parlamentarier stellen. Jetzt hat ein Mann der Wirtschaft, der zu diesen Führern gehört, den Ruf ergehen lassen, ihm bei der Bildung eines überparlamentarischen Kabinetts beizustehen. Sein Ruf ist ungehört verhallt. Noch in letzter Stunde haben Persönlichkeiten abgesetzt, die berufen gewesen wären, an seine Stelle zu treten. Man wird also in Zukunft davon absehen müssen, sich vorzustellen, daß diese Männer sich dem Staate bei der Regierungsbildung zur Verfügung stellen werden.

Die Wirtschaftskapitäne wissen immer genau, wie es gemacht werden muß, um Deutschland zu retten; leider aber haben sie keine Zeit, ihre Rezepte auszuführen. So müssen es also ihre jungen Leute probieren, die dann nicht schlecht angepöfeln werden, wenn etwas, was sie tun, den Mächtigen nicht paßt. Sie selber ziehen es vor, in diesen schlechten Zeiten sehr viel Geld zu verdienen, was entschieden die angenehmste Art ist, sich patriotisch und national zu betätigen.

Aktive Finanzpolitik.

Nach Abschluß der Regierungskrise wird sich der Reichstag mit der Durchführung des in der Note an die Reparationskommission niedergelegten Programms beschäftigen müssen. Dazu gehört auch die Neuordnung der Steuerlegislation des Reiches, die in der Note allerdings nicht ausdrücklich erwähnt ist. Wichtige Gesetzesentwürfe liegen bereits vor, so eine Novelle zum Einkommensteuergesetz und eine Novelle zum Landessteuergesetz, die an sich schon den Versuch einer kleinen Finanzreform darstellen.

Diese Vorlagen sind, obwohl sie zu den Erbstrüken der alten Regierung gehören, weit davon entfernt, den sozialdemokratischen Wünschen zu entsprechen. Daß es unter der neuen noch viel schwerer sein wird, unseren Forderungen Geltung zu verschaffen, versteht sich von selbst. Aber auch als Oppositionspartei kann sich die Sozialdemokratie das Recht, fruchtbare Kritik zu üben, nicht nehmen lassen.

Grundfehler der bisherigen Steuerpolitik war es, daß sie lediglich dem Prozeß der Geldentwertung nachhinkte, anstatt den Versuch zu machen, ihm entgegenzuwirken. Mit aller Schärfe ist das bei der Verabschiedung der Zwangsanleihe im Reichstage zutage getreten. Der Kampf um die Normierung der Zwangsanleihe in Gold war in Wahrheit ein Kampf um eine aktive, im Interesse der Gesundung unserer Währung und unserer Finanzen unentbehrliche Steuerpolitik. Die bürgerlichen Parteien, unter der Führung des jetzigen volksparteilichen Wirtschaftsministers Beder-Hessen, haben sich damals einer so gerichteten Finanzpolitik mit aller Entschiedenheit widersetzt — mit dem Erfolg, daß fiskalisch gesehen, die Zwangsanleihe ein völliger Schlag ins Wasser wurde, volkswirtschaftlich aber ungeschädlich wirkte, weil sie der Spekulation auf die Entwertung der Mark die stärksten Antriebe gegeben hat.

Die beiden Gesetzesentwürfe zeigen keine prinzipielle Umstellung der deutschen Steuerpolitik. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz will einige durch die Geldentwertung entstandene Härten ausgleichen und die Tarife entsprechend der Geldentwertung verändern. Der Gesichtspunkt aber, daß die Interessen der Reichsfinanzen für den Fall des Fortschreitens der Geldentwertung gewahrt werden müßten, daß Sicherungen geschaffen werden müssen gegen eine spekulative Entwertung der dem Reiche geschuldeten Steuerbeiträge, tritt in dieser Novelle nicht hervor. Ähnlich ist es mit der Novelle zum Landessteuergesetz. Sie soll der Notlage der Gemeinden abhelfen. Aber alle steuerpolitischen Maßnahmen, die sie enthält: Erhöhung der Anteile der Gemeinden an einzelnen Steuern, erhöhte Zuschüsse für Mehrbedarf an Beamtengehältern und Erhöhung der Umlagesteuer von 2 auf 2 1/2 Proz. können lediglich vorübergehende Erleichterungen schaffen. Denn auch hier ist der Zusammenhang mit den Währungsverhältnissen vernachlässigt worden.

Es läßt sich heute schon voraussehen, daß es im Reichstage wegen der Einkommensteuer zu heftigen Auseinandersetzungen kommen wird. Die große Härte, die die Anwendung der seit August unveränderten Abzüge für Existenzminimum und Werbungskosten für die Lohn- und Gehaltsempfänger bedeutet, tritt so klar hervor, daß jetzt die bürgerlichen Parteien es wohl kaum wagen werden, der Erhöhung der Sätze für die Abzüge zu widersprechen. Die Beratung des entsprechenden Antrages der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Oktober haben allerdings die bürgerlichen Parteien verhindert. Neben der notwendigen Erhöhung der Sätze für die Abzüge vom Lohnabzug enthält der Entwurf der Regierung aber auch eine Abschwächung des Steuertarifs, dem die sozialdemokratische Fraktion unmöglich zustimmen kann. Der bisherige Tarif erreichte die Höchstgrenze von 60 Proz. bei Einkommensbeiträgen, die 3 Millionen Mark überstiegen. Die Vorlage der Regierung erhöht rückwirkend für 1922 diese Grenze auf 7 1/2 Millionen Mark, für 1923 gar auf 12 Millionen Mark!

Das Fortschreiten der Geldentwertung macht es für den veranlagungspflichtigen Einkommenszahler zu einem guten Geschäft, seine Steuerzahlung so weit als möglich hinauszuzögern, um schließlich, wenn die Zahlung unvermeidlich wird, in entwertetem Gelde zu zahlen. Der Umstand, daß im Laufe des Jahres vierteljährliche Vorauszahlungen für die laufende Steuerschuld zu entrichten sind, ändert daran nichts. Denn diese Vorauszahlungen haben zu erfolgen auf Grund der Veranlagung des Vorjahres, bleiben also angesichts der Geldentwertung beträchtlich hinter der tatsächlichen Steuerschuld zurück. Wie lange die Zahlung der Einkommensteuer hinausgezögert wird, und welche Summen verspätet, also entwertet, gezahlt werden, geht aus folgenden amtlichen Angaben hervor:

Die Einkommensteuer für 1920 ist erst im Juni 1922 völlig veranlagt gewesen. Von einem Steuerfäll von 28,5 Milliarden sind eingegangen bis 1. April 1921 10,2 Milliarden, bis 1. April 1922 8,7 Milliarden, bis 1. August 1922 4,2 Milliarden, nach dem 1. August 1922 verblieb also immer noch ein Rückstand von 5,4 Milliarden Mark.

Die Einkommensteuer für 1921 ist im Oktober dieses Jahres völlig veranlagt gewesen. Von einem Steuerfäll von 23,6 Milliarden

Markt sind bis 1. April 1922 eingegangen 16,2 Milliarden Mark, bis 1. August 1922 6,2 Milliarden Mark. Danach blieb also ein Rückstand von 1,1 Milliarden Mark.

Auf die Einkommensteuer für 1922 sind bis Anfang September 15,8 Milliarden Mark eingegangen an Vorauszahlungen und Lohnsteuern. Zieht man Tempo und Ausmaß der Geldentwertung in Betracht, so erkennt man ohne weiteres, daß für das Jahr 1922 die Vorauszahlungen weit stärker hinter dem Veranlagungssoll zurückbleiben werden als 1920.

Bei allen diesen Angaben ist zu bedenken, daß der Lohnabzug jetzt weit stärker ins Gewicht fällt als früher. Für 1920 betrug der Lohnabzug nur ein Fünftel des Gesamtankommens, für 1921 aber bereits ein Drittel. Bei dem bisherigen Auskommen für 1922 wird er — das läßt sich heute schon sagen — weit über die Hälfte der Vorauszahlungen ausmachen. Das ist eine schwere Ungerechtigkeit gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern. Sie zahlen ihren vollen Steuerbetrag und vielfach inehr wöchentlich oder monatlich. Die Veranlagungspflichtigen dagegen haben die Möglichkeit, durch eine spätere Zahlung mit entwerteter Mark nur einen Bruchteil der Steuerbelastung zu tragen. Die „Holzarbeiterzeitung“ hat kürzlich eine interessante Berechnung veröffentlicht, die deutlich zeigt, wie ungleichmäßig der damit den Lohn- und Gehaltsempfängern zugefügte Nachteil ist. Das Ergebnis dieser Berechnung ist, daß ein Arbeiter, der seine Steuern nicht laufend bezahlt, sondern ihre Zahlung für das Jahr 1921 bis heute hinausgezögert würde — wie das bei den Veranlagungspflichtigen der Fall ist —, gemessen an Arbeitsstunden, nur vier Prozent ihres Sollbetrages zu zahlen hätte!

Durch die Verzögerung der Zahlung um Jahresfrist oder gar noch länger gelingt es dem Steuerzahler, sich stark zu entlasten zum Nachteil der Reichsfinanzen und im Gegensatz zu den Lohn- und Gehaltsempfängern, die immer stärker die eigentlichen Stützen der Finanzwirtschaft des Reiches werden. Unter solchen Verhältnissen bedeutet der Versuch des Reichsfinanzministeriums, auch noch die Tarife für die Veranlagungspflichtigen gewaltig herabzusetzen, eine völlig unverständliche Begünstigung der höheren Einkommen gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern.

In diesem Punkte hat eine aktive Finanzpolitik einzusetzen. Es muß bei der Zahlung der Einkommensteuer von den Veranlagungspflichtigen verlangt werden, daß sie die Vorauszahlungen auf ihre Steuerpflicht leisten auf Grund ihres wirklichen Einkommens im Kalenderjahr, nicht auf Grund ihres vorjährigen Papiereinkommens. Das Risiko der Geldentwertung muß vom Reich auf den Steuerpflichtigen gelegt werden. Die Durchführung dieser Gesichtspunkte ist gesetzgeberisch und verwaltungstechnisch möglich. Auf diese Weise läßt sich erreichen, daß die Einnahmen des Reiches sich in einem besseren Verhältnis zu den mit der Geldentwertung steigenden Ausgaben entwickeln, als es bisher der Fall ist. Damit wird auch eine brauchbare Basis für die Neuordnung der Gemeindefinanzen gewonnen, als es die Vorschläge der Regierungsvorlage sind.

Die abwartende Haltung des Finanzministeriums ist eine der Ursachen für das Fortschreiten der Geldentwertung. Dadurch wurde jeder Steuerzahler, der nicht dem Lohnabzug unterliegt, an dem Fortschreiten der Geldentwertung und an der Steuerschuldung der Zahlung seiner Steuer schuld interessiert. Die Befestigung dieses Zustandes unterstützt die Maßnahmen, die zur Stabilisierung unserer Währung geschahen. Gemäß würde eine Stabilisierung der Währung auch diesen unerfreulichen Zuständen ein Ende machen. Aber solange die Steuerpolitik den Kampf gegen diese Verhältnisse nicht aktiv unterstützt, wird ein starker Antriebs zum weiteren Sturz unserer Währung bleiben. Hier ist darum der Punkt, an dem die bürgerlichen Parteien zeigen können, ob es ihnen mit der Durchführung des in der Note an die Reparationskommission niedergelegten Programms ernst ist.

Die Note vom 13. November.

Billigung durch die Zentralarbeitsgemeinschaft.

Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeiter in der Reichslands hat in diesen Tagen zu den schwebenden wirtschaftspolitischen Fragen Stellung genommen. Das Ergebnis der Verhandlungen kann dahin zusammengefaßt werden, daß dem Zentralvorstand die Lösung der schwebenden Fragen in dem Sinne der letzten Note der Reichsregierung an die Reparationskommission möglich erscheint.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft stellt sich daher auf den Boden des in der Note enthaltenen Programms. Sie erklärt sich bereit, die Regierung bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen zu unterstützen und ihrerseits alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft produktiver zu gestalten. In Anerkennung der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei der Behandlung und Lösung von grundlegenden Fragen der Wirtschaft werden die in der Zentralarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gemeinsamer Arbeit dahin wirken, daß Mittel und Wege gefunden werden, um die Vorschläge der Reichsregierung in einzelnen durchzuführen. Die Verbände werden sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß in der Wirtschaft, ebenso wie in allen Lebensäußerungen eines Volkes, das Gesamtinteresse dem Einzelinteresse voranzugehen muß.

Schwere Strafen im Darmstädter Prozeß.

Darmstadt, 23. November. (W.T.B.) Nach zweitägigen Verhandlungen wurde von der hiesigen Strafkammer heute nachmittag das Urteil gegen die an den Ausschreitungen vom 27. Juli Beteiligten verkündet. Gegen 16 Angeklagte wurden Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahre verhängt. Es handelt sich um die Ausschreitungen, in deren Verlauf in den Räumen der „Hessischen Landeszeitung“ und des „Täglichen Anzeigers“, sowie in den Wohnungen des Barons Helmholtzsen und des Abgeordneten Dr. Hann Zerstorungen angerichtet und bei welchen der Abgeordnete Dingeldey mißhandelt worden war.

Die neue Geschäftsordnung.

Der Reichstag setzte am gestrigen Donnerstag die Beratung der Geschäftsordnung fort. Dabei beantragte Abg. Kunert (Soz.), daß kleine Anfragen nicht von 30, sondern von 15 Mitgliedern unterfertigt werden müssen. — Die Abgg. Roenen (Romm.) und Ledebour (N. Soz.) wünschden Beibehaltung des bestehenden Zustandes. — Abg. Genet (Soz.) begründet nochmals den Antrag seiner Fraktion, dem sich Abg. Dr. Bell (Zentr.) anschließt. — Es kommt zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Ledebour und Roenen, der erklärt hatte, daß er bei Ablehnung des kommunistischen Antrages für den sozialdemokratischen stimmen werde. Ledebour appelliert an das Haus, das Recht des einzelnen Abgeordneten zu wahren. — Der Reichstag beschließt gemäß dem Antrag Kunert, und setzt weiter fest, daß Interpellationen in Zukunft von 30 Mitgliedern unterzeichnet werden müssen, ebenfalls Anträge auf Besprechung der Interpellation.

Zu den Petitionen wünscht Abg. Eichhorn (Romm.), daß das Petitionsrecht, das „vornehmste Staatsbürgerrecht“, nicht eingeschränkt werde. — Abg. Kütz (Dem.) beantragt, zur Herabsetzung der Kosten des Petitionswesens, einstimmig gefasste Beschlüsse des Petitionsausschusses, nicht mehr drucken zu lassen. Es wird so beschloffen.

Weiter beschließt der Reichstag, die für die Auskunftserteilung der Regierung über ihre Erledigung von Entschließungen des Reichstags vorgesehene Frist von einem Vierteljahr zu streichen, und ebenso die Bestimmung, daß die zu dieser Auskunft zu machenden Bemerkungen der Abgeordneten von 30 Mitgliedern unterzeichnet sein müssen.

Nach debatteloser Erledigung der Bestimmungen über die Benennungen verlegt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. — Schluß 7 Uhr.

Lenins Fortschritt durch Rückschritt.

Moskau, 21. November. (Russ. Tel.-Ag.) Lenin sagte in einer Rede über die Grundzüge der äußeren und inneren Politik Russlands in den letzten anderthalb Jahren u. a.: „Wir haben bei allen Staaten der Welt große Erfolge errungen, obwohl einige von ihnen mit uns noch nichts zu tun haben wollen. Trotzdem werden sie aber die wirtschaftlichen und nachher die diplomatischen Beziehungen zu uns aufnehmen müssen, denn es droht denen, die sich weigern, daß sie zu spät kommen und dadurch in eine ungünstige Lage geraten. Trotz allem mit der neuen Wirtschaftspolitik (russisch „Nep“, d. h. Nowaja ekonomitscheska Politiika, Red.) verbundenen Schwierigkeiten hat die Erfahrung die Richtigkeit des neuen Kurses gezeigt. Unsere Aufgabe ist, zurückweichend einen neuen Schritt vorwärts in der Richtung auf den Sozialismus vorzubereiten. Wir müssen unseren Apparat derart umbauen und unsere Gesetzgebung derart umgestalten, daß wir bloß ein Minimum der negativen Seiten der neuen Wirtschaftspolitik, ihre störenden Nachteile aber im vollen Umfang vermeiden. Das ist um so notwendiger, als viele bürgerliche Staaten fortfahren, uns wirtschaftlich zu boykottieren. Durch gemeinsame Arbeit werden wir es erreichen, daß das Rußland der neuen Wirtschaftspolitik zum Rußland des Sozialismus wird.“

Amerikanische Senatoren gegen Clemenceau

In seiner ersten Propagandarede im New Yorker Metropolitan-Konvent hatte Clemenceau das Gespenst der deutschen Revanche an die Wand gemalt und die dümmsten Märchen über Deutschlands geheime Rüstungen mit Pathos vorgetragen. — Zweck dieser Hejrebe war, Amerika zur erneuten Teilnahme an der europäischen Politik zu veranlassen und insbesondere den in Versailles mit Lloyd George und Wilson veranlaßten, vom Kongreß jedoch abgelehnten Garantiepakt aus seiner Vertiefung wieder herauszuholen. Diese Rede scheint aber genau die gegenteilige Wirkung ausgelöst zu haben, als von den Veranstaltern dieser Propagandareise beabsichtigt war.

Paris, 23. November. (W.T.B.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat Senator Borah die Rede Clemenceaus in der New Yorker Metropolitan-Oper als eine Beleidigung, als unerträglich und jeder positiven Note bar bezeichnet. Senator Hitchcock erklärte, die Rede gefalle ihm nicht. Senator Lodge lehnte eine Neuerung ab.

Wie der „New York World“ aus Washington gemeldet wird, hat die Rede, die Clemenceau in der Metropolitan-Oper hielt, ein unvermutetes Echo gefunden. Seit der Debatte über den alten Völkervertrag hat das Ansehen an Amerika, sich stärker an den europäischen Angelegenheiten zu beteiligen, noch nie eine so scharfe Kritik hervorgehoben.

New York, 23. November. (W.T.B.-Funktspruch.) In einer in der New Yorker Handelskammer gehaltenen Rede sagte Clemenceau, England hätte im Weltkrieg nie mehr tun können als sich selbst befreien. Die Amerikaner gingen weiter, sie wollten andere befreien. Er wünschden, daß sie in Europa eingreifen, denn sie hätten es zu früh verlassen. Er wünschden, daß sie die Ausflüge nach Europa machen und sagen: „Was fehlt Ihnen, meine Herren? Wir werden ein wenig helfen.“

Gompers will keinen Friedenskongreß.

Washington, 23. November. (Reuter.) Gompers hat im Namen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes die Einsetzung zur Teilnahme an dem vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufenen Friedenskongreß, der am 10. Dezember eröffnet werden wird, abgelehnt. Der amerikanische Gewerkschaftsbund läßt dem Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes mitteilen, daß die amerikanischen Gewerkschaften nicht bereit sind, eine Verpflichtung bezüglich eines internationalen Generalstreiks für den Fall, daß ein defensiver oder auch nicht defensiver Krieg erklärt wird, zu übernehmen. Sie seien ferner nicht bereit, die nationale Einheit aufzugeben, die Rationalisierung der Reichtümer des Landes zu erstreben oder an Versammlungen teilzunehmen, deren Tagesordnung zuvor festgelegt wurde.

Peter und die Eierfrau.

In jener schönen Zeit, wo die Mandel Eier noch 70 Pfennige und das ganze Schaf 2,80 Mark kostete, sah auf dem Marktplatz zu Dingda eine historische Frau, von der die Sage berichtet, daß sie reich und in Tugend gestorben ist und daß sie ihren Erben eine ansehnliche Summe hinterlassen habe. Doch das war nie ihr einziger Vorzug. Denn Leute, die aus dem täglichen Brot der anderen und aus den nicht ausgetrockneten Niden eine Erbschaft herausgewirtschaftet haben, sah die Weltgeschichte des Bitteren. Was diese Frau auszeichnete, war ihre sprichwörtliche Bescheidenheit und die freundliche Dienstbereitschaft, über die selten der Kummer ihrer sorgenvollen Tätigkeit seine Schatten breitete. Oftmals konnte man sie rufen hören: „Eier, das Stück 5 Pfennige. Habe selber 6 dafür gezahlt; kaufen Sie, meine Herrschaften!“

Frögte man sie, wie sie denn die Eier billiger verkaufen als einkaufen könne, so sah sie immer mit demselben Erstaunen auf und sagte: „Ja, ja, die Waage muß es halt bringen!“

Lange ist's her seitdem. Die Hühner legen heute Eier in Hochvoluta, und niemand bittet mehr, man soll sie kaufen. Heute beschafft jeder Händler keine Ware teurer, als er sie verkauft. Das nennt man dann Wiederbeschaffungspreis. Aber darum geht ja auch der Handel zugrunde — so kann man in tausend Kundgebungen lesen. Nur der Händler werden immer mehr...

Die Eierfrau ist nicht zugrundegegangen. Das macht, weil damals noch keine Revolution gewesen war und weil Wilhelm, der Neuwermählte, sie herrlichen Zeiten entgegenführte.

Über die brave Alte hat einen Nachfolger gefunden. Rein Geringerer ist's als der Schwerindustrie Rädner, der große Peter, Beherrscher des Leipziger Hüttenreviers und vieler, vieler Werke, die sich von dem Kogelstahl, der in Rourei hergestellt wird, angezogen gefühlt haben.

Dieser große Peter erklärte auf der Generalversammlung einer zu seinem Konzern gehörigen Maschinenfabrik: Das Werk verkaufe billiger, als es produziere. Es müsse daher Schulden machen.

Wamos! Aber das sagen die Händler von heute ja auch... Doch ein Unterschied besteht zwischen dem großen Peter und den kleinen Händlern. Diese werden „zugrunde gerichtet“. Peter aber macht Schulden und verdoppelt die Dividende seiner Maschinenfabrik.

Weshalb was?

Weshalb hat's die Eierfrau gemacht. Sie hinterließ eine dicke Erbschaft. Rädner geht pleite, und mit seinen höheren Zielen wachen die Dividenden, die er als Großaktionär schließt.

Hätte die brave Mutter in Dingda das erlebt, daß einer der Milliardäre Deutschlands ihre Geschäftstätigkeit nachahmte — sie wäre in Wäre zerfallen.

Es war ihr nicht beschieden.

Treuen wir uns, daß wenigstens wir die Seelenwanderschaft des großen Peter mit der historischen Eierfrau erleben dürfen.

F. Luffel.

Luguststeuer in ihrer Ausdehnung auf Kunstwerte. In einer einstimmig angenommenen Entschließung hat die Versammlung mit Bestimmtheit davon Kenntnis genommen, daß trotz des Reichstagsbeschlusses, bei Neuregelung der Luguststeuer die hochwertige deutsche Arbeitsleistung zu schätzen, Reichswirtschaftsrat und Reichsrat die Steuer für das deutsche Kunstgewerbe aufrechterhalten haben. Wieder ist das Material und nicht die Qualitätsarbeit für die Frage der Besteuerung entscheidend geblieben. In einer Zeit, wo deutsche Künstler durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, mehr und mehr sich dem Kunstgewerbe zuzuwenden müssen, wo Qualitätsarbeit allein den Kampf auf den Weltmarkt bestehen kann, ist die dem Wunsch des Reichstages direkt widersprechende Neuregelung als eine gegen die Qualitätsarbeit geradezu feindselige und zerstörende Maßnahme zu bezeichnen. Der Verband erwartet daher vom Reichstag die Nachprüfung und alsbaldige Abänderung der vom Reichsrat gefassten Regelung zugunsten endlicher Befreiung auch des Kunstgewerbes von der kulturfeindlichen Luguststeuer. — In Sachen der Umsatzsteuer fordert der Verband angelehnt der geradezu erschütternden Berichte über die Notlage der deutschen Künstler, die bei der Entwertung des Geldes in absehbarer Zeit zu einer völligen Verelendung der Kunsterschaft führen muß, die gänzliche Aufhebung der Umsatzsteuer für Künstler, die neben der Einkommensteuer und bei ihrer Erhebung vom Bruttoumsatz im höchsten Maße unsozial wirkt und geeignet erscheint, das im Bruttoumsatz enthaltene Künstlerhonorar gänzlich zu verbrauchen. Weitere Entschärfungen wünschten u. a. die Stellung der Ateliers unter Zwangswirtschaft; die örtlichen wirtschaftlichen Verbände der Künstler sollten bei Vergütung von Ateliers befragt werden, so daß in Zukunft Ateliers nur an Künstler vergeben werden können. Im übrigen müßte auf eine bestimmte Anzahl neu erstellter Wohnungen ein Atelier erbaut werden. Ferner soll auf wesentliche Ermäßigung der Frachten für Kunstwerke, die auf Ausstellungen geschickt werden, hingewirkt werden. — Bei der jetzigen Teuerung der Frachten ist es so gut wie unmöglich, für Ausstellungen Kunstwerke von außerhalb in größerem Umfange zu erhalten, und das Ausstellungswesen wird dadurch zu einem schweren Stillstande verurteilt.

Flutwellen. Wie bei allen Erdbeben in Küstengebieten hat auch bei dem jetzt in Chile stattgefundenen ein ungeheurer Einbruch der See seine furchtbare Zerstörungswut betätigt. Ein solcher Einbruch ist in seinen Begleiterscheinungen so schrecklich, daß er auch das Herz eines an alle Läden des Ozeans gewöhnten Seebären erbeben läßt. Das erste Anzeichen des Eindringens der gefährlichen Flutwelle bildet das Zurücktreten der See von der Küste. Die Grenzen dieses Zurücktretens sind verschieden. Zumeilen erstreckt sich der Radius nur auf zehn bis zwölf Meter. Zumeilen aber hat man beobachtet, daß die See bis auf 1½ Kilometer von der Küste zurücktritt. Auch die Zeit, die zwischen dem Zurücktreten der See und der Ankunft der gefährlichsten Flutwelle vergeht, schwankt. Es dauert mitunter eine halbe Stunde und darüber, bis die Flut zurückkommt, aber man hat auch erlebt, daß die unglücklichen Bewohner der von Erdbeden heimgesuchten Küstengebiete schon im Verlaufe weniger Minuten von der Flutwelle überrollt werden. Was die Höhe dieser Wellen anbetrifft, so kann man auf Grund der Erfahrung feststellen, daß sie im allgemeinen 30 Meter nicht übersteigen, aber auch die nur 25 Meter hohe Flutwelle, die nach dem Erdbeben von 1755 Lifaden überschwenkte, reichte hin, um 30000 Menschen zu vernichten. Bezeichnend für die Gewalt dieser zerstörenden Flutmassen

ist die uns überlieferte Erzählung eines englischen Kapitäns, der sich im Jahre 1846 eines Erlebnis rühmen durfte, wie es nur wenigen Seeleuten beschieden ist. Er befand sich 1846 mit seinem Schiff auf der Höhe der Insel Koritonga im Stillen Ozean, als sich ein Sturm erhob und eine furchtbare Welle aufwühlte, die die Insel im Sturz überflutete und beim Zurückprall das in der Höhe befindliche Schiff in die Höhe hob und weit in das Innland hinein schleuderte. Niemand hat zwar die Höhe dieser Sturzwellen gemessen, aber der Kapitan berichtete, daß er auf der Höhe der Sturzwellen das Knirschen der Palmbäume, deren Gipfel den Kiel des Schiffes schuurten, gehört habe.

Höheres Durchschnittsalter in Nordamerika. Vor zehn Jahren betrug nach den Statistiken der amerikanischen Lebensversicherungsgesellschaften das durchschnittliche Alter eines Einwohners von Kanada und den Vereinigten Staaten nur 46,6 Jahre. Seitdem ist das amerikanische Durchschnittsalter mit jedem einzelnen Jahrgang um fast ein weiteres Jahr gestiegen, und zwar bis auf fast genau 55 Jahre im Jahre 1921. Die Sterblichkeitsziffer ist von 17,6 pro Tausend der Bevölkerung im Jahre 1900 auf 11,7 pro Tausend im Jahre 1921 gefallen. Die „American Public Health Association“ (Gesellschaft für Volksgesundheit) ist optimistisch genug, damit zu rechnen, daß dieses Durchschnittsalter innerhalb des nächsten halben Jahrhunderts um weitere 20 Jahre verlängert werden kann und stützt diese Erwartung auf ganz bestimmte systematische Maßnahmen gegen abwendbare Todes- und Krankheitsfälle, wie etwa auf die Nahrungsmittelgesetzgebung, auf die planmäßige Bekämpfung der Tuberkulose und anderer Volkskrankheiten, auf weitere medizinische Entdeckungen und Fortschritte, auf die Mutterschaftsfürsorge vor, während und nach dem Wochenbett, auf die Verbesserung der Konfiskationsanstalten und der Trinkwasserversorgung, auf die Unfallverhütungsmaßnahmen und ähnliches mehr.

Kaisenan-Briefe. Zweck Herausgabe solcher Briefe von Dr. Walter Kaisenan, die für die Allgemeinheit von Interesse sind, ergibt an deren Behälter hiermit nochmals die Bitte der Mutter um umgehende schriftliche Übermittlung in Original oder Abschrift an das Sekretariat Kaisenan bei der K.G., Berlin NW. 40, Friedrich-Karl-Str. 2-4.

Grut Friedrich spricht am 25. abends 7½ Uhr in der Aula Sophien-Colle, Weinmeisterstr. 16/17, München, Trumer- und Schauergerichten von Gelpentern, Soldaten, Königen und anderem Unflut. Karten sind an Herrschafts-Idenarissen und an der Abendkasse zu haben.

Eine Konferenz von Bakteriologen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Schwedens, Dänemarks, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Japans, Polens, Rumäniens, Rußlands und der Schweiz ist unter Leitung der hygienischen Organisation des Völkervertrages in Paris eröffnet worden. Sie wird sich mit dem Serum für Diphtherie, Diphterie, Stierkampfl, Augenleiden und mit der Serumdiagnose der Syphilis beschäftigen.

Eine Weltbücherei. Auf eine Anregung des Völkervertrages hin soll, wie in der „Deutschen Verleger-Zeitung“ mitgeteilt wird, ein Weltbücherei oder erscheinenden Bücher eingerichtet werden. Frankreich will zu diesem Zweck das alte Schloß in Vincennes zur Verfügung stellen. Die Bücherei sollte aber nicht zu klein sein, wie die Erfahrungen der Deutschen Bücherei in Leipzig beweisen, die allein für deutsche Bücher im Zeitraum einer halben Jahrhundert einen ganzen Stockteil von Gebäuden anrichten wollte. Es gibt daher zwei Weltbüchereien, eine in Brüssel und eine in Stuttgart und schon eine vollständige Sammlung der Schriften aus dieser Zeitspanne wird auf eine Million veranschlagt.

Kulturdebatte im Landtag.

Die Personalpolitik vom Kultusministerium.

Der Preussische Landtag behandelte gestern die beiden Großen Anfragen der Unabhängigen vom 27. April d. J. über die Nichtbestätigung von 12 Berliner Gemeindefachschulrektoren durch das Provinzialschulkollegium und der Kommunisten vom 31. Mai d. J. über den Fall des Studienrats Dr. Hier, dessen Bestätigung zum Direktor der Diesterweg-Realschule bis heute noch nicht erfolgt ist. Nach der Begründung der ergränzten Großen Anfrage durch den Genossen Leid, worüber wir bereits im Abendblatt berichteten, und nach der Begründung der kommunistischen Anfrage ergriff das Wort der

Minister Boelch:

Am 1. April 1921 waren an den Gemeindefachschulen von Alt-Berlin 36 Rektorstellen frei. Die alte Berliner Schuldeputation hatte 36 Lehrpersonen ausgewählt und dem Magistrat zur Wahl vorgeschlagen, auch vertretungsweise ihnen bereits die Leitung der Schulen übertragen. Vor der endgültigen Wahl ergab sich, daß nicht der Magistrat, sondern die Bezirksämter für die Wahl zuständig waren. In einem Erlaß an das Provinzialschulkollegium vom 29. November 1921 haben wir das näher erläutert und erklärt. (Der Minister verliest den Erlaß.) Die Schuldeputation leitete nunmehr die Vorschläge den Bezirksämtern zu. In zwei von den sechs Alt-Berliner Bezirken wurden sämtliche Vorgelegenen gewählt, im Bezirk I von zwei einer, im Bezirk III von zehn vier, im Bezirk V von neun zwei und im Bezirk VI von sieben zwei. Im übrigen wählten die Bezirksämter Persönlichkeiten, zu denen die Schuldeputation überhaupt noch nicht Stellung genommen hatte und deren sachliche Eignung von den berufenen Stellen noch nicht geprüft war. Gegen die Wahlen der Bezirksämter

protestierte die Lehrerkammer von Berlin.

Es wurde festgestellt, daß auch die Lehrkörper entgegen einem Erlaß des Ministers haenisch nicht gehört worden waren, und es wurde ihre Befragung angeordnet. Nur an einer Schule wurde mit 9 gegen 6 Stimmen die vom Bezirksamt getroffene Wahl gebilligt; alle anderen Schulen lehnten die Wahlen ab. Um so mehr hatte das Provinzialschulkollegium nach rein sachlichen und rein rechtlichen Erwägungen gehandelt. Für die Objektivität spricht schon die Tatsache, daß unter den 23 Rektoren die es bestätigt hat, 5 Sozialisten waren, und daß unter denen, die es selbst zu Rektoren ernannt hat, zwei Sozialisten sich befanden. Da, wo die Bestätigung verweigert wurde, lag die mangelnde Qualifikation zutage. Es besteht kein Grund, an der Sachlichkeit der Beurteilung zu zweifeln, und ich habe keinen Anlaß, eine nochmalige Besichtigung der Nichtbestätigten durch Ministerialreferenten vorzunehmen.

Nun zu den Fällen der Nichtbestätigung, weil die betroffenen Lehrer nicht mehr zur evangelischen Landeskirche gehören. Nach der Reichsverfassung besteht die Berechtigung, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, soweit davon Rechte und Pflichten abhängen. Solche Rechte und Pflichten sind ohne Zweifel mit der Leitung einer Schule verbunden, die gesetzlich als Schule eines bestimmten Bekenntnisses festgelegt ist. Auch nach dem dem Reichstag vorliegenden Entwurf sollen an Schulen eines bestimmten Bekenntnisses nur Lehrer dieses Bekenntnisses unterrichten. Als Leiter für eine evangelische Schule darf nicht jemand eingestellt werden, der dieser Kirche nicht angehört. (Sehr richtig! rechts.) — Kundgebende Zwischenrufe des Kommunisten Schölem. — Präsident Leinert ruft den Abg. Schölem wegen beleidigender Zwischenrufe an die Adresse des Ministers zur Ordnung.) Ich bedauere, daß unter den acht Schulmännern, die nicht bestätigt wurden, zwei tüchtige Kräfte sich befanden. Die anderen kamen überhaupt nicht in Frage. Ich halte mich in der ganzen Frage an die Verfassung, die in ihrem Artikel 174 bestimmt, daß bis zum Erlaß des Reichsschulgesetzes es bei der bestehenden Rechtslage bleibt. Bei der Nichtbestätigung des Dr. Hier hat sein politisches Bekenntnis keine Rolle gespielt. Die Gründe liegen einzig und allein in seiner Persönlichkeit. Sie schenken mir keine Gewähr für eine erprobte Arbeit als Direktor zu bieten.

Auf kommunistischen Antrag wird die Befragung der Großen Anfrage beschlossen.

Nach den Abgg. Schwarzhaupt (D. Sp.) und Lufassow (Dnat.) spricht

Abg. Bahle (Soz.):

Wenn Herr Boelch so weiterarbeitet, dann werden wir in Preußen bald bayerische Zustände haben. Seit einem Jahr betreibt nun Herr Minister Boelch die Geschäfte im Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung nach den Grundsätzen der großen Koalition. Und die Bilanz? Die Personalpolitik des Herrn Boelch vor allem verrät wenig von dem Charakter und dem Sinn einer vernünftigen Koalitionspolitik. Ja, wenn es sich um Volksparteiler handelt, dann ruppelt es nur so mit Beförderungen. (Genosse Bahle zählt nun eine Reihe von Lehrern namhaft auf, die der Volkspartei nahe stehen und unter dem Regime des jetzigen Kultusministers befördert wurden. Von rechts kommt der Zwischenruf: Und Haenisch?) Sie (nach rechts) rufen: Und Haenisch? Was Haenisch getan hat in der Beförderung von Sozialisten, das war keine Bevorzugung, sondern Wiedergutmachung. Oder sollten vielleicht die alten schmutzigen Ungerechtigkeiten von früher bis in alle Ewigkeit bestehen bleiben? Herr Minister Boelch, bis jetzt sind Sie meistens über unsere Vorschläge hinweggegangen, wenn geeignete Persönlichkeiten vorgeschlagen wurden. Ihre Personalpolitik mußte auf die Sozialdemokratie erbitternd wirken. Rein Wunder, wenn unter diesen Umständen die untergeordneten Organe, die Parteigänger der Reaktion, Morgenluft mitterten und sich wohl fühlten. Rein Wunder, wenn im Fall der Nichtbestätigung von Sozialisten zu Rektoren das Provinzialschulkollegium eben so gearbeitet hat, wie es gearbeitet hat. Wir müssen mit aller Schärfe der Behauptung des Ministers, daß ihm ungelegene Kandidaten vorgeschlagen worden seien, widersprechen. Fernlich, wenn man den Gegenantragsdaten, wie es vorgekommen ist, heran zieht, um ein Urteil abzugeben, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn fähige Leute als unsfähig bezeichnet werden. Uebrigens, wir haben ja auch den Fall, daß das Kollegium sich für den Kandidaten ausgesprochen hat. Trotzdem wurde er abgelehnt. Es geht eben so oder so. War an der Fähigkeit nichts auszusetzen, dann war etwas an der Religion auszusetzen und umgekehrt. Die Ansicht des Ministers, daß keine Dissidenten Schulleiter an einer evangelischen Schule sein können, bedeutet einen

Bruch der Reichsverfassung.

Bisher konnten übrigens doch Dissidenten als Lehrer an konfessionell eingestellten Schulen tätig sein! Seit der Amtstätigkeit des Herrn Boelch nun auf einmal nicht mehr! Herr Boelch beruft sich auf das Reichsschulgesetz. Aber das Reichsschulgesetz ist noch nicht da. Wir können man sich auf etwas berufen, das noch nicht existiert. Dann, wenn dieses Gesetz da ist, dann wird für die Dissidentenlehrer gesagt sein. Heute ist das aber noch nicht der Fall, und deshalb ist die Haltung des Ministers in diesem Punkt zu bedauern.

Fechenbach-Versammlung in Berlin.

Justizrat Bernstein über das Urteil.

Auf Einladung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller hielt am Donnerstagabend im großen Sitzungssaal des Herrenhauses Justizrat Dr. Max Bernstein in München, einer der Verteidiger im Prozeß Fechenbach, einen Vortrag. In seinen einleitenden Worten betonte Justizrat Bernstein zunächst, daß er einer politischen Partei nicht angehöre. Weiterhin meinte er, daß der bayerische Staat das Recht haben müsse, seine Justizhoheit zu wahren, wie das auch jeder andere deutsche Bundesstaat tun müsse. Es scheint aber nicht nur die bayerische Justizhoheit, sondern die Rechtseinheit und

Rechtseinheit des Deutschen Reiches

in Frage zu stehen, und deshalb glaube er, das Recht und die Pflicht zu haben, auch außerhalb Bayerns über diese Angelegenheit zu sprechen. Es kann nicht die Rede davon sein, daß man es in diesem Prozeß gar mit verberghen Richtern zu tun habe, sondern es kann sich nur um ein vollkommen verfehltes Gesetz, ein ebenso verfehltes Gerichtsverfahren und ein nicht minder verfehltes Urteil handeln. Die bayerischen Volksgerichte müssen man als mährere Kinder der Revolution ansprechen. Die Volksgerichte, wie sie heute arbeiten, bestehen seit dem Juli 1919. Das Gericht im Fechenbach-Prozeß setzte sich aus zwei Berufs- und drei Laienrichtern zusammen. Dabei trat die

prozeßrechtliche Ungeheuerlichkeit

zutage, daß der Untersuchungsrichter, der Wochen und Monate lang mit den Angeklagten eingehende Verhöre gehabt hatte, nicht nur Spruchrichter wurde, sondern sogar den Vorsitz des Spruchgerichts führte. Bei einer Besprechung der Einzelheiten des Urteils sah sich der Vortragende zu größter Reserve genötigt, weil das Volksgericht bei jedem nur erdenklichen Anlaß ein Schweigegebot eingeführt hatte. Würde man aber den Schleier des Verbots lüften und die Dinge, die zu erzählen verboten sind, wirklich berichten, so würde ein allgemeines Erstaunen entstehen, weil es sich durchweg um Dinge handelt, die durch Tausende von Zeitungsartikeln längst bekannt sind.

Der Einwand der Angeklagten, daß sie gar keine Geheimnisse berichtet hätten, ist vollkommen berechtigt.

Bis zum vierten Verhandlungstage war es der Verteidigung nicht möglich, die Frage beantwortet zu erhalten, welche denn die inframirierten Nachrichten seien, die von den Angeklagten verbreitet worden waren. Da die Verteidigung unausgesetzt bestimmte Tatsachen forderte, sah sich der Vorsitzende endlich am fünften (1) Verhandlungstage veranlaßt, den Staatsanwalt aufzufordern, die inframirierten Berichte zusammenzustellen. Als dann das Urteil, das 177 Schreibmaschinenseiten lang ist, fertig war, bekamen es zwar die Journalisten, nicht aber die Verteidiger (1) zur Einsichtnahme. In dem Urteil finden wir Feststellungen über Dinge und Tatsachen, über die eine richterliche Autorität absolut nicht zu befinden hat. Wenn der Richter eine eigene politische Meinung hat, so kann man sie ihm nicht verbieten, aber man muß es sich einschließen verbiten, daß er seine politische Meinung in dem Urteil, das über das Schicksal der Angeklagten entscheidet, zum Ausdruck bringt. In dem Urteil findet sich eine 17 Seiten lange Ausführung mit der Ueberschrift: „Geistesleben, Psyche und Charakter des Angeklagten Fechenbach.“ In dieser Schilderung ist auch eine für den Angeklagten außerordentlich charakteristische Stelle aus einem Brief an seine Braut, in der er über die Unterbringung von 5000 bayerischen Kindern in der Schweiz schreibt: „Die lieben Kinderchen, die jetzt nach der Schweiz können und nicht mehr hungern müssen, die sich freuen können an all dem Schönen, was es dort zu schauen gibt, die freuen mich mehr als die ganze Revolution.“ Auf diese Feststellung des Charakters des Angeklagten Fechenbach antwortet das Münchener Volksgericht mit elf Jahren Zuchthaus. (Stark Bewegung, Zurufe: Unerhörte Grausamkeit! Mittel-

Abg. Bahle führt unter steigender Aufmerksamkeit des Hauses (hier sämtliche Fälle der Nichtbestätigung der Reihe nach auf. Die Fälle werden bis in die Einzelheiten hinein genau und eindringlich geschildert. Die Rechte wird ungeduldig. Das Haus füllt sich. Immer neues Material führt Genosse Bahle ins Treffen. Ueberzeugend führt er den Nachweis, daß es sich bei der Mehrzahl der nichtbestätigten sozialistischen Lehrer um durchaus fähige, charaktervolle und beliebte Lehrer handelt. Tiefen Eindruck macht es, als er darauf hinweist, daß in einem Fall der für den sozialistischen Kandidaten

günstig ausgefallene Personalbericht verschwand

und nicht mehr aufgefunden wurde, und daß trotzdem in diesem Fall nicht eine Nachprüfung durch das Ministerium selbst erfolgt ist. Genosse Bahle weist mit Nachdruck darauf hin, daß das Kultusministerium viel entgegenkommender verfahren ist, wenn es sich um Angehörige der Deutschen Volkspartei handelt. „Es geht“, ruft Genosse Bahle zur Ministerbank hinüber, „Herr Minister, wenn es sich um Ihre Leute handelt!“

Für den Kommunisten Dr. Hier — betonte Genosse Bahle — lege ich die Hand ins Feuer. Er ist ein geachteter und geliebter Lehrer in der Schule. Sein ganzes Verbrechen besteht darin, daß er früher einmal eine sogenannte Presse ausgesprochen hat. Wer unter den Lehrern hat noch niemals Nachhilfeunterricht erteilt, ohne die Behörde gefragt zu haben? Wenn aber dieser Nachhilfeunterricht nicht der Grund für die Nichtbestätigung ist, dann fragen wir: Warum ist Dr. Hier nicht bestätigt worden? Will man erst mit der Anstellung von Kommunisten und Sozialisten zu Schulleitern beginnen, wenn man weltliche Schulen geschlossen hat? Für diese weltlichen Schulen plant man, nur „Schulleiter“ anzustellen, nicht „Rektoren“. Wir verlangen, daß, solange an den anderen Schulen „Rektoren“ angestellt werden, das gleiche für die weltlichen Schulen gelten muß, ungeachtet unserer prinzipiellen Stellungnahme in dieser Frage. Wir können nicht dulden, daß durch derartige Manöver

die weltlichen Schulen zu Schulen zweiter Klasse gestempelt

werden. — Die Personalakten sind öffentlich. Will aber jemand von den infrastehenden Lehrern etwas einsehen, dann werden ihm gerade die wichtigsten Akten über die Beförderung und Anstellung vorenthalten mit der salomonischen Begründung, diese Akten seien eben keine Personalakten.

Herr Minister, meine politischen Freunde sind noch wie vor der Meinung, daß mit dem Spruch des Provinzialschulkollegiums die Nichtbestätigung der Gemeindefachschulrektoren nicht erledigt sein kann. Wir verlangen Nachprüfung, Klarheit und Gerechtigkeit! (Beifall links.)

Minister Dr. Boelch: Ich habe keineswegs die Dissidenten von heute ab für ungeeignet erklärt. Ich vermag nur als Minister vor dem Lande die Verantwortung nicht dafür zu übernehmen, Dissidenten zu Rektoren evangelischer Schulen zu befähigen. (Stürmischer Beifall rechts, ebenso stürmischer langandauernder Protest links.) Gegenüber den Ausführungen des Vorredners verliest der Minister nun einige Revisionsberichte, die sich gegen die Befähigung des Lehrers Winter als Rektor aussprechen.

Als der Minister schließt, ertönen von links Rufe: War das alles?

alterliche Inquisition!) Eine gefährliche Stellung nimmt das Gericht gegenüber der

Freiheit der Presse

ein. In dem Urteil heißt es: Ein derartiger Zustand, daß das Ausland Nachrichten bekommt, verläßt nicht nur gegen die Autorität des Reiches und der einzelnen Länder, sondern er ist auch geeignet, dem Deutschen Reich und den einzelnen Ländern schweren Schaden zuzufügen. Im besonderen sind die erstatteten Meldungen über Geheimorganisationen, Waffenlager und dergleichen geeignet, bei der Regierung (der Vortragende darf wegen des Schweigegebotes den Namen nicht nennen) den Eindruck zu erwecken, als ob die Reichsregierung dem Verfall der Vertrag zuwider gehandelt habe.

Das Ungeheuerliche und Unbegreifliche an den bayerischen Volksgerichten ist, daß sie nicht nur eine höhere Instanz, sondern auch keinerlei Revision kennen. Das einmal gefällte Urteil ist absolut und den Richtern damit das Zeugnis ausgeföhrt, daß sie unfehlbar sind. Im bayerischen Landtag ist jetzt beantragt worden, eine Revision des Urteils einzuführen, und die Sozialisten haben die Aufhebung der bayerischen Volksgerichte überhaupt beantragt. Das Reich könnte zur Lösung der Frage nur beitragen, wenn es die Strafprozeßnovelle zur Durchführung bringt, die die sogenannten großen Schöffengerichte einführt. Die bayerische Regierung hat bereits erklärt, daß sie bei Einführung dieser Schöffengerichte die Volksgerichte fallen lassen würde. Eines ist jetzt vor allem wichtig, der Kampf zur Abschaffung der Volksgerichte und

die Aufhebung des Fechenbach-Urteils

darf nicht zu einer Parteifrage gemacht werden. Es muß auch hier die Forderung der Reichsverfassung Geltung haben, daß das Volk in allen seinen Stämmen einig ist und befreit von dem Gedanken, sein Recht in Frieden und Gerechtigkeit zu entwickeln und zu festigen.

In der Aussprache nahm Genosse Robert Breuer das Wort, der mit scharfen Worten die großen Gefahren kennzeichnete, die dem freien Schrifttum durch die Praktiken der bayerischen Volksgerichte drohen. Es sei die Gefahr vorhanden, daß die bayerischen Justizgesamtheiten auch auf andere Länder überströmen, dieser Gefahr müsse begegnet werden.

Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller erblickt in den Grundgesetzen, die in der Verhandlung des Fechenbach-Prozesses vor dem Münchener Volksgericht zur Anwendung kamen, eine schwere Gefahr für die Rechtseinheit und Rechtssicherheit in Deutschland, sowie eine Bedrohung der durch die Reichsverfassung verbürgten (schriftstellerischen) Freiheit. Der Schutzverband richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung von Rechtseinheit und Rechtssicherheit in Deutschland zu veranlassen.“

Anwaltschaft und Fechenbach-Prozeß.

Der Republikanische Anwaltsbund billigt die Kundgebung des Republikanischen Richterbundes zum Fall Fechenbach und erklärt:

1. Das Urteil des Münchener Volksgerichts ist ein unerträglicher Rechtspruch, ein schwarzer Tag in der Geschichte der deutschen Rechtspflege.
2. Der Republikanische Anwaltsbund fordert: a) die unverzügliche Entlassung der Verurteilten aus der Strafhaft, b) die schleunigste Beseitigung der bayerischen Volksgerichte und die Wiederaufnahme des Falles Fechenbach vor den ordentlichen Gerichten, falls durch Sondergesetz.

Abg. Gostwald (Z.) billigt die Haltung der Regierung. Abg. Otto (Dem.) erklärt, den Sozialdemokraten sei der Beweis, daß das Provinzialschulkollegium nicht objektiv sei, nicht gelungen. Er empfiehlt den Sozialdemokraten, die Einsetzung eines Ausschusses zur Nachprüfung der Angelegenheit zu beantragen.

Abg. König (Soz.): Wir haben heute in Preußen eine Lage, wonach die Dissidenten Staatsbürger zweiter Klasse sind. Der Minister hatte es in der Hand, bei etwas gutem Willen einen Ausgleich zu schaffen. Der Herr Minister hat das nicht getan. Er hat auch den Berliner Stadtschulrat Paulsen bei der Prüfung und Regelung der ganzen Frage übergangen, jedenfalls ihn nicht so herangezogen, wie das billigerweise gefordert werden konnte.

Nachdem der Kultusminister erklärt hatte, er habe Baullan lediglich eine Nachprüfung zugedacht, verläßt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr: Weiterberatung, Kleine Gegenstände. — Schluß nach 6 Uhr.

Die britische Thronrede.

London, 23. November. (W.B.) Der König begab sich heute vormittag in Begleitung der Königin zur Parlamentseröffnung nach Westminster. Es wurden von einer großen Menschenmenge begrüßt. In der Thronrede des Königs heißt es: Ich habe Sie zusammenberufen, damit die Gesetzgebung, die für Irland notwendig ist, sogleich Ihrer Genehmigung unterbreitet werden kann. — Die Lage des Handels und der Industrie ist andauernd sehr beunruhigend. Die von der vorigen Regierung zur Verbesserung der Lage vorbereiteten Maßnahmen werden als neue untersucht. Sie werden erachtet werden, Maßnahmen zu ihrer Fortsetzung und Ausdehnung zu ergreifen, ferner Maßnahmen für die Sicherstellung einer Anleihe entsprechend dem Plan des Völkerbundes zur Wiederherstellung Oesterreichs. Ich hoffe, daß die Bemühungen meiner Minister in Lausanne, die mit den Vertretern unserer Bundesgenossen zusammenwirken, zu dem Ergebnis führen möchten, daß der Friede wiederhergestellt werde und daß die Bewohner der Gebiete, die noch jüngst der Schauplatz so schwerer Kämpfe waren, wieder in Sicherheit leben können.

Die türkischen Gebietsforderungen.

Lausanne, 23. November. (W.B.) Ueber die von den türkischen Delegierten in der ersten Kommission vorgetragenen Forderungen erfährt man: Die Türken fordern: 1. die Wiederherstellung der Grenze von 1913, 2. den Einfluß des Bahnhofs Adria-nopel-Karafen in diese Grenze, 3. die Entmilitarisierung einer Zone zu beiden Seiten der Maritsa unter der vollen Wahrung der türkischen Souveränität. Ueber die technischen Einzelheiten sollen besondere Kommissionen entscheiden. 4. Einen bulgarischen Berkestrazugung längs der Maritsa, über den auch eine besondere Kommission bestimmen wird. 5. Abgrenzung in Westthracien.

Gewerkschaftsbewegung

Wo bleibt der Demobilisierungskommissar?

Zur Aussperrung in der Metallindustrie.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verein wandte sich am 13. November an den Demobilisierungskommissar mit dem Ersuchen, die Differenz in bezug auf die Aussperrung beseitigen zu wollen. Über der Antischiemmel beim Demobilisierungskommissar arbeitete so schnell, daß bis zum 23. November noch keinerlei Mitteilung vom Demobilisierungskommissar an die Organisation gelangt ist. Hat vielleicht der Herr Demobilisierungskommissar seinen Mut, weil es sich um eine der größten Scharfmachergruppen in Deutschland handelt — den Verband Berliner Metall-Industrieller —, von seiner Macht Gebrauch zu machen, oder stehen sonst Hindernisse im Wege? Ist doch der jetzige sehr geschäftstüchtige Geschäftsführer des V.M.A., Herr Kantorowicz, früherer Demobilisierungskommissar, einer derjenigen Herren, die am meisten an dem Aussperrungsbeschluß mitgewirkt haben. Sollte der Geist des Herrn Kantorowicz vielleicht noch in der Viktorialtraße spuken?

Der Deutsche Metallarbeiter-Verein hat nichts unversucht gelassen, die Differenzen beseitigen und sandte am 21. November erneut Drücker zu der Firma Kulecki u. Böhm. Daraufhin haben die Unternehmer am 21. November beschlossen, sämtliche Beschlüsse, die dem Aussperrungsbeschluß unterliegen, zu schließen, wenn bis zum 25. November die Differenz bei der Firma Kulecki u. Böhm nicht beseitigt ist. Dieser Beschluß der Unternehmer entspricht voll und ganz der Brutalität, die sie in jeder Beziehung der Arbeiterschaft gegenüber an den Tag legen. Sie versuchen ganz bewußt, die Arbeiterschaft zu provozieren.

Sie scheuen sich nicht, wegen sechs Drücker vielleicht 50 000 bis 60 000 oder 100 000 Arbeiter aufs Straßensperrgebiet zu werfen. Sie fragen nicht danach, ob durch ihren brutalen Beschluß Tausende von Kindern dem Hungertode entzogen werden. Hier hat die Aufsichtsbehörde, der Demobilisierungskommissar, ein sehr reiches Betätigungsfeld. Wir hoffen, daß die Behörde umgehend eingreifen wird, um die Brutalität des Verbandes Berliner Metall-Industrieller auf das richtige Maß zurückzuführen.

Zum Streik der Hochbahner.

Die Lohnbewegung der Hochbahner im Oktober endete wie jede monatliche Lohnbewegung bei der Hochbahn durch einen Spruch des Reichsarbeitsministeriums. Demnach erhalten im Spitzenlohn die ungelerneten Arbeiter 98 M. für die Stunde, die angelernten Arbeiter 100 M., die Handwerker 103 M., die Arbeiterinnen 75 M., die Reinemachefrauen 71,40 M. Fabrikarbeitsangehörigen erhalten 15 888 M. Das männliche Ausbildungspersonal erhält 20 010 M., das weibliche Ausbildungspersonal 15 430 M. für den Monat. Zu diesen Löhnen werden für die Frau 1 M. und für jedes Kind 3,50 M. pro Stunde gezahlt.

Die Arbeitnehmer nahmen an, trotzdem die festgesetzten Löhne der letzten Zeit nicht entsprechen. Die Hochbahn-Gesellschaft, resp. der Arbeitgeberverband Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen, nahm den Schiedsspruch nur unter der Bedingung an, daß sofort die Lohnforderung für November eingereicht und verhandelt wird. Auch diesem Diktat fügte sich die Arbeiterschaft und verlangte für den Monat November auf die Oktoberlöhne 50 M. für die Stunde mehr. In der Verhandlung am 4. November kam nach stundenlangem Hängen und Bärzen eine Regelung, unter Vorbehalt der Zustimmung der Arbeiterschaft zustande, die in der ersten Hälfte des Monats für den Handwerker 15 M., für den angelernten und ungelerneten Arbeiter 14 M. für die Stunde vorsah. Für die zweite Hälfte des Monats sollte eine weitere Erhöhung um 20 M. für den Handwerker, 19 M. für den angelernten und ungelerneten Arbeiter für die Stunde eintreten. Die Frauenzulage sollte von 1 M. auf 5 M., für jedes Kind von 3,50 M. auf 8 M. erhöht werden.

Am 7. November nahmen die Funktionäre sowie das Personal in einer Vollversammlung dazu Stellung. Beide Körperschaften waren geneigt, die Regelung anzunehmen, wenn derselben ein schriftlicher Zusatz beigesetzt wird, der es der Arbeitervertretung erlaubt, am Ende des Monats November noch einmal in eine Prüfung der Löhne mit den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen einzutreten.

Die Klausel einzufügen lehnte die Direktion der Hochbahn schon in der Verhandlung am 4. November mit aller Schärfe ab. Als dies der Belegschaft bekanntgegeben wurde, lehnte sie nicht nur das Angebot der Direktion ab, sondern sie erhöhte die Lohnforderung von 50 M. auf 75 M. für die Stunde.

Am 14. November wurde der Streitfall erneut vor dem Reichsarbeitsministerium verhandelt. Wir geben den Wortlaut des ge-

fälligen Spruches zur Beurteilung der Öffentlichkeit wieder, der ein Schlaglicht auf die Unparteilichkeit dieser Instanz wirft.

Der Schlichtungsausschuss läßt dahingestellt, ob zwischen den Streitparteien eine bindende Vereinbarung am 4. bzw. 6. d. M. zustande gekommen ist. Er ist zu der Auffassung gelangt, daß das bei den Festsetzungen in der Verhandlung vom 4. und 6. d. M. angenommene Maß der Verteuerung im Monat November d. J., auch wenn es nach Maßgabe der jetzigen Leerverhältnisse beurteilt wird, nicht so unrichtig getroffen wäre, daß bei dem im Verkehrsgewerbe zu beobachtenden wirtschaftlichen Verhältnissen eine weitere Erhöhung der Arbeitnehmerlöhne vorgeschlagen werden könnte. Der Schlichtungsausschuss macht daher die Vereinbarung vom 4. bzw. 6. d. M. sich zu eigen und hiermit zum Inhalt seines Schiedsspruches.

Der Spruch ist einfach unhaltbar. Keine der beteiligten Körperschaften hat behauptet, daß die Verhandlung am 4. November — am 6. fand überhaupt keine statt — eine bindende Vereinbarung war; also kann es nicht dahingestellt bleiben.

Wie die Arbeitgeberseite mit dem Vorschlag zu der Auffassung gelangt ist, daß die in der Verhandlung am 4. d. M. aufgestellten Lohnsätze das Maß der Verteuerung ausgleichen, obwohl sie unter dem Existenzminimum liegen, ist uns unverständlich. Löhne, die in der ersten Hälfte des Monats in der Spitze für ungelerneten Arbeiter 112 M., für angelernten Arbeiter 114 M., für Handwerker 118 M. für die Stunde betragen, sind nicht geeignet, die Verteuerung auszugleichen.

Doch die wirtschaftlichen Verhältnisse im Verkehrsgewerbe keine glänzenden sind, ist auch uns bekannt, trifft aber nicht für die Berliner Hochbahn zu, die auf Grund ihrer Tarifpolitik nicht nur ihren Arbeitern die lebensnotwendigen Löhne vorenthält, sondern auch die Berliner Straßenbahn dem Abwärtentrag führt und somit deren Arbeiter in kurzer Zeit zu Tausenden arbeitslos macht. In dem Spruch fehlt nur noch, daß man das Unternehmen als ein notleidendes bezeichnet, wie es z. B. im Juli d. J. geschah. Die Funktionäre des Betriebes, die sich mit dem Spruch am 14. d. M. befaßten, lehnten ihn ihrerseits ab und beschloßen, die Urabstimmung am 17. November vorzunehmen, die gleichfalls die Ablehnung des Spruches ergab —, nachdem ein Entgegenkommen der Hochbahn nicht zu erreichen war, zum Streik führte.

Konflikt in der chemischen Industrie.

Am Dienstag fanden Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wegen der Gehaltsregelung für den Monat November statt. In einer überfüllten Mitgliederversammlung des V.M.A.-Bundes, die am gleichen Tage in der Reuen Philharmonie stattfand, berichtete Jungblut über das Verhandlungsergebnis. Die Verhandlungen waren diesmal besonders schwierig, da die Arbeitgeber gleich bei Beginn der Verhandlungen betonten, daß eine gleichmäßige prozentuale Zulage für alle Angestellten nicht in Frage kommen könnte, die sog. sozialen Zulagen erheblich erhöht werden müßten und daß vor allen Dingen innerhalb der Industrie eine Fachgruppenunterteilung einzuführen sei, da bestimmte Industriezweige nicht in der Lage wären, die Gehälter zu zahlen, die in der reinen chemischen Industrie und Gummiindustrie gezahlt werden könnten. Nach stundenlangen Verhandlungen wurde von den Arbeitgebern folgendes letzte Angebot unterbreitet:

Lehrlinge und jugendliche Angestellte in der Fachgruppe I 90 Proz. Zuschlag, in der Fachgruppe II 85 Proz. Zuschlag auf die Oktobergehälter. Die Gruppen 1—5 der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Fachgruppe I erhalten 100 Proz., in der Fachgruppe II 95 Proz. Zuschlag, mit Ausnahme der ersten beiden Berufsjahre in den Angestelltengruppen 1 und 2, hier kommen nur 95 resp. 90 Proz. in Frage. Wertmeister erhalten in der Gruppe I 100 Proz., in der Fachgruppe II 95 Proz. Zuschlag. Weibliche Angestellte erhalten 90 Proz. der errechneten Höhe. Zu den neuen Gehältern kommt eine Frauenzulage von 10 Proz. und eine Kinderzulage von 5 Proz. Bei der Gehaltszahlung sollen die auszuwendenden Beträge auf volle 50 M. aufgerundet werden.

Von dem Referenten wurde darauf hingewiesen, welche außerordentliche Gefahr in der Fachgruppenunterteilung liege und daß die in der Seifenindustrie gewonnenen Erfahrungen in dieser Beziehung nur zur Warnung dienen könnten. Für die Angestelltenschaft sei diesmal besonders lehrreich, daß die beamteten Vertreter der christlich-nationalen (Gedag) und Hirsch-Duncker'schen (G.D.) Angestelltenvereine gegen diese Vorschläge der Arbeitgeber grundsätzlich absolut nichts einzuwenden hatten.

Nach einer sehr erregten Diskussion wurde von der Versammlung das Angebot der Arbeitgeber einstimmig abgelehnt und der Tarifkommission für alle weiteren Maßnahmen volle Handlungsfreiheit erteilt.

Der Betriebsrätekongress.

Die 1500 Personen, die in der „Neuen Welt“ versammelt sind, keinerlei Organisation vertreten und nichts hinter sich haben als die kommunistische Partei, die hinter den Kulissen die Drähte zieht, bekommen u. a. „Richtlinien“ vorgelegt, die zum guten Teil maßgebender russischer Import sind. In Maßregeln zur Existenzsicherung der Arbeiterschaft wird die Beschlagnahme von Lebensmittelnvorräten und ihre Verteilung durch die Genossenschaften unter Kontrolle der Arbeiter verlangt, ferner Beschlagnahme der Luxuswohnungen und ihre Zuweisung an Wohnungslose. Zur Brechung der Anbaufabotage der Großgrundbesitzer wird die Kontrolle der Feldbestellung, die Beschlagnahme des nichtbebauten anbaufähigen Landes und deren genossenschaftliche Bewirtschaftung durch die Landarbeiter verlangt. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Maßnahmen werden dann die bekannten Forderungen zur Sanierung der Finanzen, Erfassung der Sachwerte usw. aufgestellt. Weitere Forderungen betreffen die Annulierung des Versailler Friedensvertrages und den Wiederaufbau Europas. Verlangt wird eine gemeinsame Konferenz Deutschlands, Sowjetrusslands, Oesterreichs und der Türkei zur Annulierung des Versailler Diktats und zur Bildung eines Abwehrbündes. Ferner die Einberufung einer Weltkonferenz der organisierten Arbeiterschaft zur gemeinsamen Regelung der Wiedergutmachung, sowie die Gewährung eines langfristigen Aufschubes für die Bar- und Sachleistungen. Ferner wird die Annulierung aller volkswirtschaftlich schädigenden Abkommen und die Beschlagnahme aller Auslandsguthaben sowie ihre Verwendung zu Reparationszwecken verlangt. Zur Bekämpfung der Konterrevolution wird schließlich die rücksichtslose Entfernung aller Beamten in Heer, Polizei, Justiz und Behörden gefordert, die nicht bedingungslos für die Verwirklichung dieses Programms tätig seien, ferner die Auflösung und Entwaffnung aller konterrevolutionären Verbände, Verbot jeglicher konterrevolutionären Propaganda und die Bildung von Arbeiterwehren.

Die ganze Biederlichkeit dieses Kongresses enthält die „Rote Fahne“ mit folgender Notiz, die am Mittwoch, am Tage vor Eröffnung des Kongresses, erschienen ist:

Die Berliner Kandidaten für die Wahlen zum Betriebsrätekongress müssen morgen, Mittwoch, von 10 Uhr vormittags ab, im Lokal von Hummel, Sophienstr. 5, reiflos erscheinen, um festzustellen, wer von ihnen zum Delegierten gewählt ist, und um ihre Delegiertenarten abzugeben.

Also 24 Stunden vor Eröffnung des Kongresses mußten die Kandidaten unter sich austoben, wer als Delegierter aufzutreten habe!

G. Lorenz, Tempelhof. Montag 4 Uhr bei Selzer, Schulz Nachh., Versammlung aller Kollegen der Richtung Antisemit. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Angestellte des Siemens-Werkes. Freitag bei Karsthan Versammlung aller Angestellten, die Mitglieder der Vereinigten Partei sind. Berlangestellte 4 Uhr. Bureauangehörige 5 Uhr. Mitgliedsbuch legitimiert.
Bauarbeiter V. Segel u. Co. Betriebsversammlung Freitag mittig 1 Uhr im Gewerkschaftshaus, Canal 5, Engelhofer 24. Tagesordnung: Bericht von der Verhandlung vor dem Tarifschiedsgericht. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht.
Bauarbeiter der Vereinigten Partei Realfuss. Sonnabend abend 7 1/2 Uhr im Lokal von Schille, Hermannstr. 105, wichtige Sitzung. Mitgliedsbuch und Mitgliedskarte legitimiert. Der Aktionsausschuss.

Verantwortlich für den rehaft. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Berlin-Konradstr. 10. G. m. b. H. Berlin. Druck: Konradstr. 10. Verlagsamt: Paul Singer u. Co. Berlin. Lindenstr. 3. Distanz 1. Berlin.

Eltern brauchen Power
die Kraftkost für Kinder u Erwachsene

Die Kachenhöhle ist die Eingangspforte für Erkrankungen der Luftwege. Halten Sie sich vor Infektionen schützen, so nehmen Sie die ärztlich anerkannten Panlaxin-Tabletten. Angenehm und schmerzlos. Von einem Fachmann warm empfohlen. erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Wurzeln
schnell
Kukriol
Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukriol-Fußbad!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgl. zur Nachr. daß unser Redakteur, der Friseur **Paul Rohde** am 19. November verstorben ist.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 24. d. M., abends 6 Uhr, im Krematorium Berlin, Reichstraße, statt.
Am 19. d. M. fand unsere Kollegin **Franziska Zwilling** die Einäscherung findet am Freitag, den 24. d. M., abends 7 Uhr, im Krematorium Berlin, Reichstraße, statt.
Ferner fand am 21. November unser Redakteur, der Arbeiter **Karl Warmuth** die Einäscherung findet am Montag, den 27. November, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Baumgutsdamm, Reichstraße, statt.
Ihre Ihrem Danken!
Recht Beteiligte erwarnt
1917/18
Die Ortsverwaltung.

Bzirksverb. VSPD.
41. Abt. (Kronberg)
Am 21. 11. verschied nach langem schweren Leiden unser Genußkollege **Richard Pauli** von Berlin (Gemeindef. Schule, Gneisenaustr. 7, im 47. Lebensjahre). Die Einäscherung findet am Sonnabend, abends 6 1/2 Uhr, in der Reichstraße, 27. 28. statt.
Die wirten werden!
Um rege Beteiligung erucht
Der Vorstand

Am Montag verschied plötzlich mein langjähriger lieber Sohn, unser herzensguter Bruder, Schwager, Schwager, Onkel, Neffe und Cousin **Walter Galow** im 31. Lebensjahre. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Martha Galow**, geb. Meinz, Gumboldtstr. 2. Einäscherung Sonnabend um 1 Uhr im Krematorium Baumgutsdamm, Reichstraße. Kranzspenden dankend erbeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85.
Geschäftszeit vom 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.
Heute, Freitag, 24. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von Pomnitz, Sophienstraße 7.
Berksammlung
aller Schwarzblechbetriebe Berlin.
Tagesordnung: 1. Das Angebot der Unternehmer. 2. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Möbel
Bar u. Teilszahlung
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer sowie Einmal- und farbige Küchen
kaufen Sie heute noch **billig**
weil ich noch ältere Lagerbestände besitze. — Gekaufte Möbel können kostenlos lazern
BEISER Lothringers
Strasse 67.

CREME PERI
Eine Sicherung gesellschaftlicher Vorteile
ist die gepflegte äußere Erscheinung. Unreine oder spröde Haut ist nicht geeignet, die Töne der Zuneigung zu sprengen. Die elegante Kleidung kommt erst recht zur Geltung, wenn ein schöner Teint die Harmonie mit schönen Kleidern herstellt. Die regelmäßige Anwendung der fettreichen «Crème Peri», deren wesentlicher Bestandteil der von den Ärzten so sehr geschätzte Hamamelis-Extrakt ist, erhält die Haut gesund, jung und frisch.
«Crème Peri» reibt sich — sofort trocknend — unsichtbar in die Haut ein und kann deshalb, ohne störende Wirkung, zu jeder Tageszeit angewandt werden.
«Crème Peri» in reinen Zinntuben und eleganten Porzellantaschen
Peri Talkum-Puder
Crème Peri-Seife
Überall erhältlich!
DR. M. ALBERSHEIM
Fabrik feiner Parfümerien
FRANKFURT A. M.
Gegr. 1892

Ata
Sutzmilch mit Ata Tons und Herz
Weil's den schönsten Glanz beschert!
Henkel's Dug- und Scheuwpulver;
für Haushalt, Gewerbe und Industrie
unentbehrlich.
Kleinste Gefäße:
HENKEL & CO., DUSSELDORF.

Das Abstimmungsverfahren im Stadtparlament

Die Sozialdemokraten fordern mehr Unterstützung für die Armen.

Die Stadterordnetenversammlung, die so oft mit den Unstimmigkeiten der Abstimmungen ihre Zeit hat verträumen müssen, beschloß gestern einige Änderungen des Abstimmungsverfahrens.

In der gestrigen Sitzung wurde zunächst in der Fortsetzung der Beratung der Anträge betr. die in der Frage der Besoldungsordnung vom Magistrat erlassene Sperrverfügung ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen.

Bereitswilligkeit zu weiterer Verhandlung
Die Redner des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen sprachen sich für den Antrag aus.

Nachrichtenwesen der Stadt Berlin
berichtet ausführlich Flatau (Soz.). Der Ausschuß hat dem am 6. März 1922 vorgelegten Entwurf zugestimmt und eine Anzahl von Erweiterungen empfohlen.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vick Baum.
Abends, beim Schichtwechsel, warf die Fabrik Menschen aus ihrem Tor. In der Stadt wachten die Ruinen auf.

Dr. Wenl zu entsprechen, ebenso sei die Förderung der journalistischen Ausgestaltung des Gemeindeblattes zu beanstanden.

Die Einrichtung von Verkaufshäuschen
auf öffentlichen Plätzen, wozu der Ausschuß die bezüglichen Verträge mit 3 Unternehmern zu genehmigen beauftragte.

Ausgabe von 2 Milliarden Berliner Notgeld
an einen Ausschuß zu überweisen. Kammerer Dr. Kardina stellte fest, daß es sich dabei nicht um Aufnahme einer schwebenden Schuld, noch um Beschaffung von Betriebsmitteln handelt.

Der Ausschuß zur Beratung der
Verträge über die Nordbahn
hat den Gesellschaftsvertrag mit der Hochbahn abgelehnt, so daß der schon früher genehmigte Betriebsvertrag bestehen bleibt.

Isabell lachte eine kurze blühende Rakete.
„Ich lache — und man gibt mir, was ich brauche. Ich kann eine Kunst, die ihr alle nicht könnt; Anselm nicht auf seine neue Art und du nicht auf deine alte Art.“

milligte schließlich den vom Magistrat angeforderten Betrag von 68 Millionen für die

Verstärkung des Stabs der offenen Armenpflege
aus Anlaß der Teuerung und nahm gleichzeitig einen Antrag Heymann-Dr. Wenl an, der die vom Magistrat in Aussicht genommenen erhöhten Unterstützungsschüsse beträchtlich weiter erhöht.

Winter vor der Tür.

Die Stunks, die Herz, die Nutria-Beize haben schon Hochsaison.
Damen schwelgen im Glücke ihrer äußerlichen Schönheit und die Herrenwelt begeistert sich an der Pracht der Kostbarkeiten.

Noch haben wir im Zimmer wohnige Wärme.
Jene Wärme, die Sybariten gebrauchen, um sich wohl und mollig zu fühlen. Draußen geht ein eisiger Wind, so wie der Winter ihn aufzujaweln hat und Taufende frieren im Gegenlag zu dir und mir.

Die Schaufenster grinsen vor Wohlbehagen.
Das sind die Berge der Glückseligkeit. Warme Stoffe, Kleider, Mäntel, Pelze und geschickt geschichtete Regenherrlichkeiten.

Und Frauen und Männer in weichem Pelz gehen vorüber wie
des Glükes Auserwählte. Was liegt ihnen an den Anderen? — Und durch den winterlichen Herbstabend tänzt der Veierkasten mit der zerfetzten Lunge.

Gegen den Kohlenwucher.

Eine bemerkenswerte Verordnung hat am gestrigen Tage der
Landrat des Kreises Teltow erlassen. Der Landrat hat bestimmt, daß Kohlenhändler etwa auf Lager vorhandene Vorratmengen, die von den Stuben noch vor dem 16. November 1922 abgeholt sind und mitteln zum alten Preise eingekauft waren, auch noch zu diesem Preise verkauft werden müssen.

Verlegung in die Wucherabteilung.
Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Gätig-Breslau ist zum Regierungsrat ernannt und der Wucherabteilung des Berliner Volksparlaments zugewiesen worden.

Tag des Salzes. Anselmus, von einer Schlafheit gestreift,
leerte die Magazine, teilte alles aus; abends stieg Rauch aus allen Hütten, er atmete tief und konnte schlafen.

„An dem Tag, da eine Kolonne von tausend neuen Frei-
willigen nach dem Kohlenwerk wanderte, wo die sechsstündige Schicht um zwei Stunden heraufgehört werden mußte, wurde damit begonnen, neben Bernwards Haus ein Fundament auszuheben.“

„Ich baue ein Hotel,“ riefhieß Bernward.
Bernward baute also ein Hotel, mitten in den Trümmern der zerbrochenen Stadt. Es arbeiteten zuerst zwanzig Männer für ihn, dann fünfzig, auch Frauen fanden sich ein, schleppten Ziegel an und rührten in stehenden Restgruben herum.

(Fortsetzung folgt.)

Not an Pflegestellen.

Steigende Erhöhung der Pflegegebühren.

Während sich früher zahlreiche und gute Pflegeeltern fanden, die Waisenkinder gegen einen Zuschuß zu den Kosten aufnahmen und treu vorpflegten, ist es, wie das Jugendamt der Stadt Berlin mitteilt, zurzeit kaum möglich, Pflegestellen, insbesondere für Säuglinge zu finden. Es müssen daher heute die meisten Waisenkinder in Anstalten und Heimen Unterbringung finden, die trotz der besten Einrichtungen niemals Herz und Seele des Elternhauses so ersetzen können wie gute Pflegeeltern. Der Rückgang in der Zahl der Pflegestellen ist sicherlich auf die lange Zeit nicht genügende Höhe des Pflegegeldes zurückzuführen. Nunmehr hat sich das Jugendamt der Stadt Berlin zu einer wesentlichen Erhöhung der Pflegegebühren entschlossen, die automatisch auf Grund der Reichsindexziffer mit der steigenden Teuerung auch weiter Schritt halten werden. So zahlte die Stadt Berlin an Pflegegeld für Oktober für jeden Waisenpflegling:

	monatlich	täglich
für gesunde Säuglinge	2250 M.	76 „ M.
„ Kinder bis zu 2 Jahren	2010 „	67,40 „
„ Knaben von 2 bis 4 Jahren	1491 „	49,70 „
„ Mädchen von 2 bis 4 Jahren	1326 „	44,20 „
„ Knaben von 4 bis 10 Jahren	1209 „	40,30 „
„ Mädchen von 4 bis 10 Jahren	1033 „	34,00 „

Daneben wird noch Jahreskleidung und freie ärztliche Behandlung sowie Arznei gewährt. Das Jugendamt wendet sich daher an die Berliner Bevölkerung, die stets ein warmes Herz für die Jugend gehabt hat, mit der Bitte, es bei der Beschaffung von Familienpflegestellen — es kommen jährlich in Berlin circa 2500 Säuglinge zur Unterbringung — nachdrücklich zu unterstützen. Meldungen von Pflegestellen nehmen alle 20 Bezirksjugendämter an, über deren Anschriften die in der Stadt aufgestellten sogenannten Bekehrungsstellen Auskunft geben.

Ein scharfer Protest.

Die Lehrerschaft gegen den Oberbürgermeister.

Nach dem Volksschullehrer-Dienstvertragsgesetz vom 17. Dezember 1920 müßte Berlin an jeder Gemeindeschule drei Konrektorstellen einrichten. Wegen der erforderlichen Mehrausgaben die betreffenden Lehrer kämen in die höhere Ausbildungsklasse 9) setzte der Magistrat die Durchführung aus, bis die Notwendigkeit nachgewiesen sei. Gegen diesen Beschluß rief der Berliner Lehrerverband das Provinzialschulkollegium auf. Als er danach durch Beauftragte auch beim Oberbürgermeister vortrefflich wurde, wies der Oberbürgermeister sie auf die allgemeine Not hin und nannte die Forderung der Lehrerschaft selbstständig. Ein Teilnehmer der Unterredung berichtet darüber in der „Allg. Deutschen Lehrerzeitung“: „Es sei unerhört von uns (habe der Oberbürgermeister in erregtem Ton den Lehrern vorgehalten), in einer Zeit, in der der Magistrat weite Kreise der Berliner Bevölkerung nicht vor dem Verhungern schützen könne, aus Selbstsucht solche Forderungen zu erheben. Wir verlangten damit, daß für die Lehrerschaft auf Kosten der Allgemeinheit etwas Besonderes getan werden soll.“ Da die Verhandlung, obwohl Oberstadtschulrat Paulsen eingriff und vermitteln wollte, zu keinem Ergebnis führte, so brachen die Lehrer mit einer gegen den Oberbürgermeister gerichteten scharfen Erklärung die Unterredung ab. In einer dann vom Lehrerverband aus Anlaß dieses Zusammenstoßes einberufenen Mitgliederversammlung wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der Herr Oberbürgermeister hat die Berliner Lehrerschaft in gröblicher Weise beleidigt. Als die Lehrerschaft die Durchführung längst geltender Beschlüsse auch für Berlin fordernde, stellte er die unverantwortliche und unbeweisbare Behauptung auf, die Lehrerschaft lasse sich durch Selbstsucht leiten. Die Versammlung weist diese unerhörte Unterstellung, die an das Pflichtbewußtsein und an das soziale Gewissen der Lehrerschaft nicht heranreicht, abührend zurück. Sie saß ihren Vertretern in der Unterhandlung für ihr würdiges und entschiedenes Auftreten Dank. Sie hätte erwartet, daß auch ein Oberbürgermeister von Berlin in Verhandlungen den Takt beobachtet, der sonst im öffentlichen Leben Pflicht ist. Herr Oberbürgermeister Böß hat durch sein Verhalten das Vertrauen der Lehrerschaft verwirkt.“ — Inzwischen hat der Magistrat beschlossen, an jeder Gemeindeschule mindestens eine Konrektorstelle zu schaffen. Die beiden anderen Stellen sollen nur an Schulen eingerichtet werden, die das Bedürfnis nachweisen können.

„Ein großer Coup“.

Der Raubmordprozeß Behnig verurteilt.

Der Raubmord an der 47jährigen Privatierin Lucie Behnig in der Kottbuser Straße, welcher seinerzeit durch die mit feinstem Raffinement vorgenommenen Vorbereitungen und spätere Ausführung großes Aufsehen erregt hat, lag einem Prozeß zugrunde, welcher gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann. Wegen Raubmordes ist der Kaufmann Fritz Braak angeklagt. Der Mitläufer Limbacher ist inzwischen in Geisteskrankheit verfallen und befindet sich in der Irrenanstalt Buch. Zu der Verhandlung sind eine große Anzahl von Zeugen und mehrere medizinische Sachverständige geladen worden.

Braak und Limbacher, die sich durch einen Handel mit Seife und Schokoladen ernährten, waren eines Tages übereingekommen, sich durch irgendein Gewaltmittel, gewissermaßen einen

großen Coup, in den Besitz einer größeren Geldsumme zu setzen. Sie gaben deshalb am 20. Oktober in der Filiale einer hiesigen Zeitung in der Bülowstraße ein Heiratsinserat auf und erhielten daraufhin einige hundert Briefe von Heiratslustigen. Hierunter wählten sie sehr sorgfältig diejenigen aus, bei welchen nach ihrer Ansicht das meiste Geld zu holen war. Es war dies die später Ermordete, die Privatierin Lucie Behnig in der Kottbuser Straße 15. Limbacher, welcher sich als Obergeringieur Heinz Büding ausgab, verabredete mit der 47jährigen Dame ein Rendezvous im „Kaiserlaffee“, an welchem Braak inoffiziell teilnahm, als er von einem Nebenbuhler aus das Gespräch belauschte. Nachdem Limbacher erfahren hatte, daß die Behnig über eine gut eingerichtete Wohnung, zahlreiche Wertgegenstände und eine über erhebliche Geldmittel verfügte, beschloßen beide, die Behnig in ihrer Wohnung zu berauben. Der angehende Obergeringieur bog sich am Spätnachmittag des 30. Oktober 1920 in die Wohnung der Dame, später kam dann Braak hinzu. Alle drei nahmen auf dem Sofa Platz. Als Fräulein Behnig dann Klavier spielte, wurde der Ueberfall ausgeführt. Nachdem beide die ganze Wohnung durchstöbert und alles Nennenswerte sich angeeignet hatten, überließen sie ihr Opfer seinem Schicksal. Fräulein Behnig wurde später als Leiche aufgefunden. Die gerichtliche Obduktion ergab als Todesursache Erstickung, da ihr durch den Knebel ihr Gesicht in den Hals hineingestoßen worden war. Die sehr schwierigen Ermittlungen der Kriminalkommissare Bänger und Dr. Grünberg führten erst nach zwei Monaten zur Festnahme der Täter. Limbacher legte ein offenes Geständnis ab, in welchem er den jetzigen Angeklagten Braak als denjenigen bezeichnete, von dem der Plan der Tat ausgegangen sei und der auch den Mord selbst verübt habe. Die Verhandlung nahm eine überraschende Wendung. Rechtsanwalt Dr. West wies darauf hin, daß auf das sogenannte Geständnis bzw. die belastenden Angaben des Limbacher nicht das geringste zu geben sei, weil dieser geisteskrank und deshalb außer Verfolgung gesetzt worden sei. Der Verteidiger wies ferner auf die Befürchtung hin, daß der Angeklagte Braak, der seit über 2 Jahren in Untersuchungshaft sitze, in eine sogenannte Haftpsychose verfallen und selbst geisteskrank werden könne, wenn er noch länger in Haft gehalten werde. Das Gericht hat dem Antrage des Verteidigers gemäß zu einer Vertagung der Verhandlung und beschloß außerdem die Aufhebung des Haftbefehls, so daß der Angeklagte auf freien Fuß gesetzt wurde.

Zum Streik an der 100. Gemeindeschule.

Die Elternschaft der 100. Gemeindeschule (Reichenberger Str. 67), deren Kinder wegen der ungerechtfertigten Verletzung des Lehrers Splinter streiken, nahm am Dienstag in der überfüllten Schulaula den Bericht über die Verhandlungen entgegen, die mit dem Provinzialschulkollegium geführt wurden. Das VSK verweigerte die Zurückverlegung Splinters, weil gegen Splinter noch andere, schwerwiegende Gründe sprechen sollen. Dem Elternbeirat wurde vom VSK gestattet, die Akten über Splinter einzusehen, um so die Gründe kennen zu lernen. Es stellte sich aber heraus, daß man gar keine „schwerwiegenden Gründe“ gegen Splinter auszusprechen imstande war. Der „schwerwiegendste“ Grund war der, daß Splinter einmal in einem Brief an einen Kollegen die Anrede „Herr“ statt „Kollege“ gebraucht hatte. In der Sitzung der Elternbeiräte mit dem Lehrerkollegium am 4. November enthielten sieben Lehrer sich der Zustimmung über die Resolution, die um Rücknahme der Verletzung Splinters bat. Hinterher schrieben sie an das VSK, daß sie mit Splinter nicht zusammenarbeiten wollen! Angehörige des Landtages haben von den Vorgängen an der 100. Schule Kenntnis erhalten und werden sich damit beschäftigen. Die Gewerkschaftskommission unterstützt den Streik und hat Räume des Gewerkschaftshauses für die Kinder zur Verfügung gestellt. Geprüfte Lehrkräfte werden den Kindern den notwendigen Unterricht erteilen. Ein Vertreter der Freien Lehrergewerkschaft gab bekannt, daß diese den Kampf der Elternschaft unterstützen will. Mit Entrüstung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß die dem Christlichen Elternbeirat angehörende Mutter, die in der vorigen Elternversammlung erklärte, ihr Kind auch nicht mehr zur Schule zu schicken, von den anderen Mitgliedern des Christlichen Elternbeirates gemahnt werden soll. Eine Entschließung fordert, daß das betreffende Mitglied weiter im Amte zu bleiben habe. Eine andere Entschließung ersucht Minister Boelck, Lehrer Splinters Zurückverlegung anzuordnen. Im übrigen sei der Schulstreik weiterzuführen.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend. Geschäft etwas flott. Fische ausreichend. Geschäft rego. Obst und Gemüse reichlich. Geschäft flott.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
 Rindfleisch 250—310 M., ohne Knochen 200—450 M., Schweinefleisch 500—700 M., Kalbfleisch 280—475 M., Hammelfleisch 275—450 M., Rückenstätt 1100—1250 M., Rindertalg 1200 M., Schellfisch 150—200 M., Dorsch 100 M., Rotzungen 175—185 M., Flandern 80—95 M., Grüne Heringe 200 M., In Eis: Schlei 230—260 M., Hechte 220—275 M., Aale 650—975 M., Zander 200—300 M., Lebende Aale 1000—1175 M., Karpfen 250—360 M., Eier 66—71 M. das Stück. Naturbutter 1400—1600 M., Margarine 880—1000 M., Kartoffeln 65—78 M. zohn Pfund, Weiskohl 12—13 M., Wirsingkohlr 18—20 M., Blumenkohl 20—30 M., der Kopf. Mohrrüben 10—12 M., Kohlrüben 12—14 M., Grünkohl 16—18 M., Rotkohl 21—22 M.

Für die Witwe Dummer sind noch nachträglich eingegangen: Nathan Gutfeld 150 M., Gesammelt von A. Gattel 1500 M., Hyperion 100 M. Bis hier quittiert 91 510,70 M. Insgesamt 93 260,70 M.

Das Jugendamt Reutlin veranlaßt Donnerstag, den 20. Nov., nachmittags 3 Uhr, im Zentral-Theater, Alte Jakobstr. 30/32, eine Schuler-Vorstellung. Zur Aufführung gelangt: „Der geheilte Vater“, Volksmärchen in 4 Aufzügen. Dichtung und Musik von Alfred Herrmann. Eintrittskarten sind durch die Schulen und im Rathaus, 2 Tr., Zimmer 260, zu haben.

Ueberfall auf einen Güterzug.

In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch wurde auf der Strecke zwischen Köln-Rail-Nord und Grenden ein Güterzug von einer im Grendener Walde versteckten fünfzehnköpfigen Bande beschossen und zum Halten gezwungen. Von Köln herbeigeleitete Bahnpolizei geriet in ein Gefecht mit den Angreifern, die in der Uebermacht und mit besseren Waffen ausgerüstet waren. Ein Angehöriger der Bahnpolizei wurde schwer verletzt. Der Ueberfall ist den Angreifern gelungen, doch ist man ihnen bereits auf der Spur. Ein Teil des geraubten Gutes konnte wieder herbeigeschafft werden.

Schneestürme in Bayern.

Ein furchtbarer Schneesturm herrscht in den letzten Tagen im bayerischen Wald. Der Verkehr ist zur Unmöglichkeit geworden. Infolge Beschädigung eines Elektrizitätswerkes waren mehrere Orte ohne Licht und Kraft. Auf den höheren Bergen des bayerischen Waldes liegt der Schnee meterhoch.

Schwere Grubenexplosion in Nordamerika. Aus Birmingham (Alabama, Nordamerika) wird amtlich berichtet, daß bei einer Explosion im Bergwerk von Dolomite 70 Bergleute getötet und 60 verletzt worden sind.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten
 der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Achtung, Kaffierer! Die neuen Beitragsmarken zu 12 M. und 6 M. sind im Bureau eingetroffen. Die Kaffierer, welche die Marken abholen können, werden sehr darum gebeten. Alle bis Montag, den 27. November, abends 5 Uhr, nicht abgeholtten Marken werden durch die Post zugestellt. A. A.: Max Pagels.

- Verstärkung.** Die zu heute (Freitag) anderwärts Sitzung findet erst morgen, Sonnabend, den 25. November, nachmittags 3 Uhr statt.
1. Kreis. Wedding. Sonnabend, den 25. November, 7 Uhr, im Sitzungszimmer Schönheitsstraße, 3. Stod, Freizeitsitzung der Stadt- und Bezirksvereine. Der Freizeitsportverein eine halbe Stunde früher 4. Stod, Zimmer 122.
 17. Kreis. Lichterberg. Die Abteilungsleiter werden gebeten, umgehend bis spätestens 22. d. M. die genaue Mitgliederzahl der einzelnen Abteilungen an den Kreisvorsitzenden, Genossen Glitscher, Botaniker, 19, zu melden.

Heute, Freitag, den 24. November:

17. Abt. 7 Uhr bei Ritsche, Triftstr. 6. Sitzung der Funktionäre. Tagesordnung: Einleitung für die Jubiläen am 23. d. M.
18. Abt. und 14. Abt. Die Fortsetzung der Portogoreise des Genossen Sepp mit dem Themat: „Auswärtige Politik“ im Gymnasium Herestraße in Clellig findet nicht statt.
19. Abt. Rixdorf. 7½ Uhr Mittagsbesprechung in der Aula der 4. Gemeindeschule, Aurländerstr. 53-54. Thema: „Die politische Lage“, Ref. Gen. Carl Dehnbach.
116. Abt. Lichterberg. 7½ Uhr bei Seifke, Schornweber. 6½ Kronprinzengasse, Referat der Funktionäre und Betriebsratsmitglieder.
117. Abt. Lichterberg. 7 Uhr Vorstandssitzung beim Genossen Krüger, Eichenstraße 3 (juristische Sprechstunde). Jeder Verwaltungsbezirk muß einen Vertreter senden.
121. Abt. Rixdorf. Die für heute angesetzte öffentliche Versammlung im „Richtshaus“ ist bis auf weiteres verschoben.

Morgen, Sonnabend, den 25. November:

22. Abt. 7 Uhr bei Nahjan, Bräcker Str. 3. Sitzung der Beiratsführer mit dem Abteilungsleiter. Noch fehlendes Material über die zur VSK überreichten Mitglieder muß zur Stelle sein. Der Jubiläum für die drei Jahre am Mittwoch, den 24. d. M., nicht vergessen.
16. Abt. Schöneberg. Täglich 7 Uhr bei Grottel, Rudens-, Ede Begastische, Funktionärsitzung. Die Genossen und Genossinnen, die an dem weiteren Ausbau unserer Organisation mitarbeiten wollen, sind hierzu eingeladen.
121. Abt. Rixdorf. 8 Uhr Funktionärsitzung bei Almbt. Freiburg. Janusjubiläum. Gruppe Br. Reichelstraße. Treffen 3 Uhr vor dem Postamt 11.
23. Abt. Die Beiratsführer der früheren USBD-Genossen werden ersucht, die noch fehlenden Mitgliedsbücher bis zum 27. November an den Genossen Grottel, Brunsower Allee 183, abzuliefern, wenn dieselben noch bis zum 20. November in den Mitgliederbestand aufgenommen werden sollen.

Sport.

Zweite Boxkampf-Matinee im Zirkus Busch. Der Erfolg der ersten Matinee im vorigen Monat hat den Veranstalter ermächtigt, am kommenden Sonntag nachmittags mit einem zweiten Versuch vor das Berliner Boxsportfreundliche Publikum zu treten. Mit fünf hochinteressanten Begegnungen wartet die diesmalige Veranstaltung auf, von denen besonders das Wiedererscheinen des starken Hannoveraners B. J. Mann, des Beflegers von Otto Rini, interessiert. Sein Gegner ist Subt W. A. G. e. r. Auch der deutsche Schwergewichtmeister Walter Buschman wird wieder im Ring erscheinen gegen Hans Dreher, ferner Adolf Wiegert im Revanchekampf gegen Paul Steffen, Düsseldorf.

SUNLICHT SEIFE

Unzählige Achteckstücke der altbewährten SUNLICHT SEIFE wandern täglich aus der Fabrik auf den Waschtisch und ins Bad.

Gegen Grippe und Schnupfen hilft Goldfarb's Gesundheitsstabak

Weinbrand **Winkelhausen** Alle Reserve

Wirtschaft

Preisprüfungsstellen gegen die Teuerung.

Die Gesamtheit der in Hannover tagenden Preisprüfungsstellen hat zu dem Problem der Kartellmacht, der Forderung der Verbraucherbeschaffungskosten und zu der Frage der Versorgung der Bevölkerung folgende Entschlüsse angenommen:

1. Die sprunghafte Entwertung der Mark erhöht die Not der Massen von Tag zu Tag. Die Preisprüfungsstellen sind bestrebt, insbesondere durch Hintanhaltung der Preisüberforderungen bei Landwirtschaft, Handel und Gewerbe der Allgemeinheit den von ihr mit Recht verlangten Schutz zu gewähren. Wie in den anderen Berufszweigen sind auch bei Verbänden (Kartellen) schwere Mißstände hervorgetreten, deren Beseitigung bei der überwiegenden Bedeutung der Kartelle für das ganze Wirtschaftsleben eine Lebensfrage für das ganze Volk und seinen Fortbestand ist.

Dies verlangt nach der einstimmigen Auffassung der Preisprüfungsstellen, daß die Verbände zur Erkenntnis ihrer großen Verantwortung durchdringen und den Willen zur Beseitigung von Mißständen betätigen. Von einer den Interessen der Gesamtheit des Volkes Rechnung tragenden und nicht nur privatwirtschaftlich eingestellten Politik der Verbände wird es abhängen, ob die Volkswirtschaft weiter besteht oder zusammenbricht. Organisationen von der Macht der Verbände sind in eine öffentliche Verantwortung hineingewachsen und haben damit auch eine öffentliche Aufgabe gegenüber dem Volk, die sie, in Zusammenarbeit mit den Behörden, erfüllen müssen. Die in Gegenwart des Reichswirtschaftsministeriums versammelten Preisprüfungsstellen halten es für erforderlich, diese Verantwortung in ihrer ganzen Schwere einmütig festzustellen. Die Reichsregierung wird aufgefordert, darauf zu achten, daß das Verhalten der Verbände dieser schweren Verantwortung entspricht. Undernfalls sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die die Behörden instand setzen, den Schutz gefährdeter Interessen wahrzunehmen.

2. Die Preisprüfungsstellen lehnen die Anwendung des Wiederbeschaffungspreises ab.

Sie erkennen noch wie vor an, daß die Geldentwertung bei der Berechnung der Verkaufspreise berücksichtigt werden muß. Der auf normaler Marktlage beruhende Marktpreis ist als entscheidender Bewertungsmaßstab für die Angemessenheit des Gewinns anzuerkennen.

3. Zu der Frage der Versorgung der Bevölkerung wurde folgende Entschlüsse gefaßt:

Die Preisprüfungsstellen halten die Entwicklung der Milchpreise mit Rücksicht auf die Volksgesundheit, insbesondere die Ge-

sundheit der heranwachsenden Jugend für außerordentlich gefährdend. Sie erachten es für dringend notwendig, daß sofort in Zusammenarbeit mit dem Reichsernährungsministerium Maßnahmen erzwungen werden, welche geeignet sind, diese Gefahr abzuwenden.

Die Einfuhr von Getreidefrucht ist zu fördern, um einer unter dem Einfluß ungenügenden Angebots eingetretenen übermäßigen Erhöhung der Inlandsverkaufspreise entgegenzuwirken.

Das Goldjohlaufgeld beträgt für die Zeit vom 29. November bis einschließlich 5. Dezember 1922 166 900 vom Hundert.

Die Hamburg-Amerika-Linie kauft in England den ehemals deutschen Doppelschraubendampfer „Rigoma“ von über 8000 Brutto-Registertonnen zurück. Das Schiff wird unter dem Namen „Toledo“ zwischen Hamburg, Spanien und Mexiko verkehren.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 Österr. Kronen 9,12 Geld, 9,18 Brief; 1 ungarische Krone 2,76 Geld, 2,78 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 92,78 Geld, 2,78 Brief. — 100 Polenmark gelten im freien Verkehr etwa 30 R.

Aus der Partei.

Die „Neue Zeit“ bringt in ihrer neuesten Nummer einen Artikel von Walter Israel: „Kautsky im Kampf mit sich selbst“, dessen Methode zu polemisieren, den entschiedensten Widerspruch herausfordert. Wenn die Redaktion dieser Wochenchrift ihren eigenen verdienstvollen Vorgänger im Amte den persönlichen Angriffen eines jungen, wenig bekannten Autors aussetzt, so handelt sie nicht nur wenig geschmackvoll, sondern auch wenig klug, weil sie damit zu wehmütigen Vergleichen herausfordert. Doch die Redaktion in der Frage der Einigung ihren eigenen Standpunkt vertrat, hat ihr niemand in der Partei verübelt. Nachdem aber die Einigung demnach vollzogen wurde, hat die Partei ein Recht, sich ihre Störung durch persönliche Stänkereien zu verbitten.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Reisli Prenzlauer Berg. Die Lehrgangsstunde des Gesangschor (zur Jahresversammlung) findet zum ersten Male am Sonntag, den 26. November, abends 7 Uhr, beim Genossen Philipp Hummel, Sophienstr. 5, statt. Die Lehrgangsstunden finden jeden Dienstag im Besangsaal der Schule Weinsäcker Straße 23 statt.

Heute, Freitag, den 24. November:

Charlottenburg. Jugendheim Rosenstr. 4, Vortrag: „Ährlingen, Land und Leute“. — Salzen. Jugendheim Gemeindefschule Joachim-Friedrich-Str. 35,

Kortow. „Kaff Marx“. — Waabitz. Jugendheim Gemeindefschule Waldenstraße 21, Vortrag: „Die politischen Grundrissen der Arbeiterbewegung“. — Niederlehndorfer. Jugendheim Gemeindefschule Plantenburger Str. 66-70, Diskussionsabend: „Zweck und Ziele der Sozialistischen Arbeiterjugend“. — Korbahn. Jugendheim Gemeindefschule Pölnersdorf Str. 18, Vortrag: „Wissenschaftlicher Sozialismus“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zusammenkunft freier Arbeitervereine und Eltern an den höheren Schulen im 4. Bezirk, Prenzlauer Berg einfühl. Alexanderplatz und Berliner Markt am Freitag, den 24. November, abends 7 1/2 Uhr, im Rönigk-Haus, Eppendorfer Str. 24-25.
 Deutsche Arbeiterjugend, Ortsgruppe Berlin. Am heutigen Freitag 7 1/2 Uhr im Bürgerhof des Rathauses, Rönigk-Haus, Vortrag von Dr. Paul Rieche über: „Die Wurzeln des Bolschismus“. Diskussion.
 Freies Reges-Bund. Gründung des Bezirks Norden heute abend 8 Uhr im Restaurant Engel, R., Eppendorfer Str. 36. Anschließend Sitzung der Sportkommission.
 Freie Schreiergewerkschaft Deutschlands. Am 25. November 7 Uhr Sitzung im Rathaus, Rönigk-Haus, Zimmer 61. Vortrag von Hög.-Oberlehrer Dr. Anna Siemens über: „Das Berufsrecht“. Elternbeiräte willkommen.
 Zentralverband der Freie Arbeiter Groß-Berlin. (Sonabend), den 25. November, Fortbildungstag im Sozialbau Friedrichshagen. Beginn 8 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Reife, Jena. „Volkrecht“, Rürich; „Daily Herald“, London; „New Yorker Volkszeitung“ (kommunistisch); „Vorwärts“, Altmünde und „Arbeiter-Zeitung“, St. Louis (beide sozialistisch).

Weiter bis Sonnabend mittag. Wild. Überwiegend trübe mit wolkenhellen im Norden stellenweise ergiebigen Regenschauern, an der Küste ziemlich starke, im Binnenlande irische bis mittige wellige Winde, später zeitweise auslassend und etwas fahler bei lebhaften nordwestlichen Winden.

Das altbewährte Kräftigungsmittel für Körper und Nerven

Sanatogen

ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

für Herren- u. Damen-Bekleidung
 beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf auf maßgeschneidert

Stoffe

Koch & Seeland
 G. m. b. H.
 Gertraudenstraße 20-21.

Qualitätstraucher bevorzugen stets

BATSCHARI CIGARETTEN

WO PUMONNY

Commerz- u. Privat-Bank Aktiengesellschaft.

Wir laden hiernit unsere Aktionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung am **Dienstag, den 12. Dezember 1922**, vormittags 11 1/2 Uhr, im Sitzungssaal der Bank in Hamburg, **Neß Nr. 9**, ein.

Tagesordnung:

- Beschlußfassung über Aufnahme von Banken im Wege der Fusion gemäß § 306 H. G. B.
- Beschlußfassung über Erhöhung des Grundkapitals unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre um
 - 350 000 000,— Mark Stammaktien mit Dividenden-Berechtigung ab 1. Januar 1923. Ueberlassung der Aktien an ein Konsortium mit der Verpflichtung, sie den bisherigen Aktionären unserer Gesellschaft im Verhältnis von 6000,— Mark alten Aktien zu 1000,— Mark neuen Aktien zum Bezugs anzubieten und die für die Fusionszwecke benötigten neuen Aktien den Aktionären der aufzunehmenden Banken zur Verfügung zu stellen.
 - weitere 100 000 000,— Mark Vorzugsaktien mit begrenzter Dividende und mehrfachem Stimmrecht.
- Aufsichtsratswahlen.

Diejenigen Aktionäre, welche sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien spätestens am **8. Dezember 1922** während der üblichen Geschäftsstunden bei unseren Niederlassungen in Hamburg, Berlin und Magdeburg, unseren sämtlichen Filialen und Zweigstellen und außerdem in Berlin für die Mitglieder des Giroeffektendepots auch bei der Bank des Berliner Kassensvereins,

in Cassel	bei dem Hessisch. Bankverein Aktiengesellschaft,
in Chemnitz	bei unserer Niederlassung und bei dem Chemnitzer Bankverein,
in Cöln a. Rh.	bei unserer Niederlassung und bei Herrn J. H. Stein,
in Dresden	bei unserer Niederlassung und bei dem Chemnitzer Bankverein,
in Falkenstein in Frankfurt a. M.	bei der Vogtländischen Credit-Anstalt bei unserer Niederlassung und bei den Herren J. Dreyfus & Co.,
in Gera (Heuß)	bei der Firma Gebr. Oberländer,
in Göttingen	bei dem Bankverein in Göttingen Aktiengesellschaft
in Löbau	bei der Löbauer Bank,
in München	bei unserer Niederlassung und bei der Bayerischen Vereinsbank,
in Weimar	bei unserer Niederlassung und bei der Thüringischen Landesbank Aktiengesellschaft

zu hinterlegen und bis zum Schluß der Generalversammlung daselbst zu belassen oder die Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei der Reichsbank dadurch nachzuweisen, daß sie einer der genannten Anmeldestellen spätestens am 8. Dezember d. J. einen ordnungsmäßigen Hinterlegungschein der Hinterlegungsstelle in Verwahrung geben. Dieser Hinterlegungschein gilt nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Nummern genau bezeichnet sind, und wenn überdies in dem Hinterlegungschein selbst bescheinigt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Generalversammlung bei der Hinterlegungsstelle in Verwahrung bleiben. Gegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungscheine werden Eintrittskarten ausgehändigt. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Erneuerungsschein eingereicht werden.

Hamburg, den 18. November 1922.

Der Vorstand.

Gummi-

Sauger 3 R. an. Gummi-Schulzinn (sehr billig).
 Hinterlegen, echte Gummipflaster, Meter 400 Stk.
 Wäsche in Damenbinden, Stück 40 Stk.
 Gürtel dazu 2, 5 bis 30 Stk. Verbandsstoffe
 ca. 100 gr 60 Stk. Flechtbismarck, gepulvert, 40, 70, 90 Stk. Jergelgallen (sehr billig).
 Gans de Cologne (sehr billig). Repinoffen von 15 Stk. an, Hontecreme 6, 12 Stk.
 Johannisöl 10, 20 Stk. Johannisöl 1 Stk. Gansschleife 5 bis 100 Stk.
 Toilettenseife von 7,50 Stk. an, Canella 1, 1,50 Stk. Saure 6 Stk. Brillantine
 ca. 50 Stk. Franzbranntwein, 40 Stk. Eiser 250 Stk. u. Gledde. Mundwasser-Tabletten
 ca. 10 Stk. Singulose, 15 Stk. 20 Stk. Prima Schokolade, Tafel 6
 u. 35 Stk. Gebäckchen 3 Stk. Streifen 3 u. 10 Stk. sowie andere billige Ge-
 heimhaltliche. Mengenabgabe vorbehalten. Preise nur für Vorort gültig.
 A. Koss & Co., Marktgrabenstraße 84, an der Alsterbrücke, 9-6 Uhr

Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten
 Berlin SW 61, Planufer 17

Das neue sozialistische Märchenbuch

Soeben erscheint:

Hermynia Zur Mühlen / Märchen
 mit farbigen u. schwarzen Illustrationen von Karl Holz
 70 Seiten / Preis 5,— Mk.

In Einzelbänden erschienen die Märchen:
Warum? / Der kleine graue Hund
Der Spatz / Der Rosenstock

Alle mit farbigen u. schwarzen Illustrationen v. Karl Holz
 Solbde in Pappband gebunden / Preis 1,40 bis 2,— Mk.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen!

Die Schlüsselzahl, mit der diese Preise multipliziert werden müssen, ist zur Zeit 150.

Zähne von 200 Stk. an
 Hempel

Einkauf von Brillanten,
 Berlin, Gemachte, Platin, Gold- und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe, Schapsira, Neue Königsstr. 19a, im Laden.

Metall - Ankauf
 Käufer
 Käufer

Möbelfabrik Rob. Seelisch
 Berlin O 112, Rigauer Str. 71-73 a, 5 Min. vom Ubf. Frankfurter Allee

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
 Als Selbstthätiger liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend

Trauringe

1 Ring Dukatengold v. M. 4000 an
 1 Ring 885 gestempelt v. M. 3000 an
 1 Ring 333 gestempelt v. M. 2000 an
 ges. gesch.

H. Wiese, Juwelier Berlin N, Artilleriestr. 30
 Berlin W, Passauer Str. 12
 Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
 Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.

Telegr.-Adr. Trauringkanone Berlin.

Pfandscheine, Gold-, Silber-, Platin - Bruch
 kauft höchstzinsend
 Holzmarktstr. 5, Passage.

Gegründet 1878

Komplette Schlafzimmer Speisezimmer Treppenzimmer
 einfachen und besseren Genres

Küchen

farbig und naturfarbig in allen Preislagen

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 7 1/2 Uhr: A. Sinfonie-Konzert
Volksbühne 7 1/2 Uhr: Verschwendter
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Macbeth
Deutsches Theat. 7 1/2 Uhr: Samsen oder Scham u. Ehre

Komische Oper

Europa spricht davon!!
Ueberricht Paris und London an Pracht und Ausstattung ist das Fabrikalteste, was auf einer Bühne gezeigt worden ist.

ADMIRALS-PALAST
Rauschen gestillt
7 30

Der Blaue Vogel
Goldstraße 9
Nollendorf 1613

Casino-Theater
Folies Caprice
Meyersteins Liebesnacht
Siegfr. Berisch

FRIEDBERG
Bach, Scarlatti, Beethoven, Schumann, Mendelssohn, Niemann, Chopin.

URANIA

Taubenstr. 8 Uhr: Der Mensch vor 100 000 Jahren

THEAT. a. KOFFBUS TOR
Moritzplatz 10077
jeden Abend 7 1/2, 9 und Sonntag nachm. 3 Uhr

ELITE-Sänger
Vork. 11-12, 13, 4-6

100 Markt
erh. Sie bei U. Ans.
Gordina, Glava, Bettmayer, Bettmayer, Bettmayer, Bettmayer

Barthel
Schorfener Str. 54
nahe Tote Frankl. Allee

Lebensmittel

Obst - Gemüse
Kohlpf. Pfd. 6.00
Kochbirnen ... Pfd. 11.00
Äpfel Pfd. 13.00
Möhren Pfd. 9.00
Kohlrüben Pfd. 10.00
Weißkohl Pfd. 11.00
Grünkohl Pfd. 12.00
Rote Rüben ... Pfd. 14.00
Wirsingkohl ... Pfd. 15.00
Rohkohl Pfd. 17.00
Märk. Rübchen Pfd. 17.00

Frisches Fleisch
Kalbsrücken Pfund 300.00
Kalbskamm u. -Brust Pfd. 320.00
Kalbskeulen Pfund 340.00
Schmorfleisch m. Knochen Pfd. 280.00
Schweinekamm u. Rippen Pfd. 500.00
Rindfleisch gartoren Pfund 220.00

Wurst - Käse
Sülzwurst Pfund 480.00
Brühpoln. Pfund 530.00
Corned beef Pfd. 600.00
Bauernmettw. Pf. 625.00
Salami Pfund 850.00
Zalg 840.00

Frischer Seelachs ohne Kopf, in Ganzen Pfund 140.00
Karpfen lebend 250.00
Rochen ger. Pfd. 230.00
Stückenland Pfd. 300.00
Bücklinge ... Pfd. 350.00
Wildragout Pfd. 250.00
Hirschfl. Pfund von 250.00
Rehblätter Pfd. 340.00
Hasen zerlegt, Pfd. 350.00

HERMANN TIETZ

UFA-PALAST AM ZOO
Phantom
TAUENTZIENPAL
Sterbende Völker
KURFORSTENDAMM
Der blinde Passagier

Regelmässige Verbindung von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer der United States Lines

Admiral-Palast
WELT-VARIÉTÉ
AM BAHNHOF FRIEDRICHSTR.
Einzig dastehendes internationales Programm

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Verkäufe

Reihhaus Spiegel, Chausseestraße 7
Reihhaus Friedrichstraße 2
Anzüge, Winterpaläto, Winterhülfen, Cigaretten, Gebirgsanzüge

Reihhaus Spiegel, Chausseestraße 7
Reihhaus Friedrichstraße 2
Anzüge, Winterpaläto, Winterhülfen, Cigaretten, Gebirgsanzüge

Reihhaus Spiegel, Chausseestraße 7
Reihhaus Friedrichstraße 2
Anzüge, Winterpaläto, Winterhülfen, Cigaretten, Gebirgsanzüge

Reihhaus Spiegel, Chausseestraße 7
Reihhaus Friedrichstraße 2
Anzüge, Winterpaläto, Winterhülfen, Cigaretten, Gebirgsanzüge

Reihhaus Spiegel, Chausseestraße 7
Reihhaus Friedrichstraße 2
Anzüge, Winterpaläto, Winterhülfen, Cigaretten, Gebirgsanzüge

Reihhaus Spiegel, Chausseestraße 7
Reihhaus Friedrichstraße 2
Anzüge, Winterpaläto, Winterhülfen, Cigaretten, Gebirgsanzüge